

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl., monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 fl., monatl. 5,39 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl., Danzig 3 fl., Deutschland 2,50 fl. — Einzelnummer 25 fl. Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 fl., 80 fl. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzmangel und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertgebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Posen 202157, Danzig 2529, Stettin 1847

Nr. 255.

Bromberg, Donnerstag den 5. November 1931.

55. Jahrq.

Marschall Piłsudski

soll im Kriegsfall auch die rumänische Armee kommandieren.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

In der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ erschien eine Depesche des Warschauer Korrespondenten dieses Blattes, in welcher gemeldet wird, daß während des letzten Aufenthalts des Marschalls Piłsudski in Rumänien ein Militärbündnis zwischen Polen und Rumänien unterzeichnet wurde. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden, wie der Korrespondent des amerikanischen Blattes von der nächsten Umgebung des Marschalls erfahren haben will, bereits während des vor einigen Monaten verzeichneten Besuchs des rumänischen Prinzen Nikolaus in Warschau eingeleitet. Sie sind während des Empfangs, den der König Karl in Sinaia zu Ehren des Marschalls Piłsudski veranstaltet hat, beendigt worden.

Auf Grund des eben unterzeichneten Vertrages sollen die Armeen Polens und Rumäniens, die zusammen 700 000 Mann stark sind, im Kriegsfall unter dem Oberkommando des Marschalls Piłsudski vereinigt werden. In nächster Zeit soll Marschall Piłsudski den rumänischen Marshallstab erhalten.

Die Meldung des Korrespondenten der „Chicago Tribune“, der schon mehrmals die Öffentlichkeit durch Informationen aus Quellen, die für die Warschauer Presse verschlossen sind, verblüfft, hat in Warschauer politischen Kreisen einen offensichtlich starken Eindruck gemacht. Wenn sie wahr ist, erklärt sie vollkommen den seinerzeitigen Bezug des Bruders des rumänischen Königs und des rumänischen Generalstabs in Warschau, sowie die letzte Reise des Marschalls Piłsudski, die durch das Bedürfnis eines Klimawechsels nicht überzeugend genug zu erklären wäre. Der erwähnte Korrespondent hat erfahren, daß die Nachricht von einem neuen Militärbündnis in den polnischen Militärkreisen ein Gefühl tiefer Befriedigung auslöse, weil die Person des Marschalls eine Gewähr für die gehörige Kampfansbildung der vereinigten zwei größten Armeen Osteuropas bilde.

In manchen Regierungsblättern sind Dementis der Meldung der „Chicago Tribune“ erschienen, die sich jedoch nicht auf die Sache selbst, sondern auf gewisse Irrtümer in der Formulierung der Meldung beziehen. Bestritten wird nämlich die Tatsache der Unterzeichnung eines neuen Militärbündnisses, was ganz einleuchtend ist, aber gewisse zusätzliche oder ergänzende Abmachungen nicht ausschließt.

Aussprache über Zaleskis Rede.

Warschau, 4. November.

In der Außenkommission des Sejm hat gestern die Aussprache über das in derselben Kommission am vergangenen Freitag gehaltene Exposé des Außenministers August Zaleski begonnen. Eingeleitet wurde sie von dem Abg. Samieński (Regierungsklub), der in einer längeren Rede die allgemeine politische Lage und die Weltwirtschaft analysierte. Nach ihm sprach der Abg. Czapinski (PPS). Dieser erklärte im Namen seines Klubs, daß die bisherige polnische Politik gegenüber Deutschland keine Vorbehalte auslöse. Dagegen seien gewisse Vorbehalte zu der Politik Polens gegenüber Russland zu machen. Die Polnische Regierung müßte aktiver als bisher die Sowjetpropaganda bekämpfen, die darauf abzielt, in der ganzen Welt den Eindruck zu erwecken, als ob Polen gegenüber dem östlichen Nachbarn irgend welche aggressiven Absichten hätte. Geklärt werden müßten auch gewisse dunkle Punkte aus der Geschichte der Verhandlungen über den Nichtangriffspakt.

Im Namen des Nationalen Klubs erklärte Abg. Strouński, daß man den Bericht des Völkerbundes über die deutschen Beschwörungen in Oberschlesien ohne Vorbehalt annehmen könne. Befriedigt ist der Redner auch über die Lösung der Frage der sogenannten Maurer Kinder. (In beiden Fällen wurde die deutsche These anerkannt! D. R.) Über die Klagen in Ostgalizien wolle er jetzt nicht reden, da die Untersuchung der verschiedenen Fälle im Gange sei. Man dürfe erwarten, daß die Regierung eine ähnliche Lösung finden werde, wie sie in Oberschlesien gefunden worden sei, d. h. daß diejenigen Bürger, die Verluste erlitten haben, eine Entschädigung erhalten und daß alle Regierungsorgane, die ein Verschulden trügen, entsprechend bestraft würden. In jedem Falle müsse die Regierung ebenso wie in Oberschlesien den Nachweis liefern, daß nicht Polen immer der angreifende Teil sei und daß in Ostgalizien ein terroristisches Element existiere, das grundsätzlich die Befriedigung störe. Der

Das Schicksal des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens

Wiederaufnahme der Verhandlungen?

Wie aus Berlin gemeldet wird, befindet sich der Deutsche Gesandte in Warschau, v. Molteke, zurzeit in Berlin, um mit der Reichsregierung die Möglichkeit und die Aussichten neuer deutsch-polnischer Verhandlungen zu erörtern. Die Deutsche Regierung ist bestrebt, die handelspolitischen Beziehungen mit Polen zu normalisieren, aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das vor 18 Monaten paraphisierte Wirtschaftsabkommen durch die krisenhafte Entwicklung dieser Zeit nicht mehr den Inhalt dieser Beziehungen ausdrücken kann. Es müssen neue Möglichkeiten gesucht werden, ob es angebracht schou an der Zeit ist, zu aussichtsreichen Verhandlungen zu kommen. Dabei wird u. a. die Frage zu klären sein, ob sowohl bei den Verhältnissen in Deutschland als auch in Polen eine solche Stabilität eingetreten ist, daß die Verhältnisse in beiden Ländern als dauernde Bewertungsgrundlage für Handelsvertragsverhandlungen angesehen werden können.

Das Wirtschaftsabkommen und das Liquidationsabkommen sind im März 1930 von dem deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, unterzeichnet worden. Das Liquidationsabkommen wurde kurze Zeit später vom deutschen Reichstag angenommen. Es dauerte aber ein Jahr, bis der Warschauer Sejm in zweiter und dritter Lektion ratifizierte. Der Sejm hat allerdings im März dieses Jahres auch gleichzeitig das Handelsabkommen ratifiziert. Die Deutsche Regierung sah aber keine Möglichkeit, dieses Abkommen zu ratifizieren. Wenn von polnischer Seite der Reichsregierung eine Verschiebung stattgefunden unter-

stellt worden ist und wenn zur Begründung dessen auf das deutsch-rumänische Abkommen hingewiesen wird, das ohne das Parlament in Kraft gesetzt worden ist, so muß dagegen darauf hingewiesen werden, daß Reichskanzler Dr. Brüning sich öffentlich verpflichtet hat, das deutsch-polnische Abkommen nicht ohne Befragung des Reichstages in Kraft zu setzen.

*
Der Krakauer „Instrowany Kurjer Codzienny“ ist der Meinung, daß diese „Taktik der Berliner Regierung“ im Zusammenhang mit den bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen steände. Die deutsche Diplomatie brauche im gegenwärtigen Augenblick für den Export nach Paris gewisse Anzeichen der Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen. (?) Die Regierung des Herrn Brüning, die nicht den Mut habe, das Wirtschaftsabkommen mit Polen zu ratifizieren, wolle sich wenigstens mit Verhandlungen ausweisen. Auf diese Weise solle eine neue Fiktion entstehen, als ob in der Richtung der Verständigung mit Polen etwas getan werde. Diese Fiktion würde dem Reich bei den bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen vermutlich eher schaden als nützen. D. R.) Das Blatt betont zwar, daß das Wirtschaftsabkommen für Polen fast 80 Prozent seines ursprünglichen Wertes verloren habe, vertritt jedoch den Standpunkt, daß man sich grundsätzlich kategorisch jeglichen neuen Verhandlungen in dieser Frage widerseien müsse, so lange wenigstens, bis die deutsche Seite das Abkommen habe in Kraft treten lassen.

Das nennt man Prestige-Politik!

Italienischen Regierung in seiner Erklärung nicht an Polen gedacht hat, so müssen wir doch betonen, daß seine Worte ausgemüht zu werben pflegen. Für die polnische Politik herrschen gegenwärtig eher günstige Bedingungen, da unsere Nachbarn mit eigenen großen Sorgen beschäftigt sind, und die Bedeutung unseres Bundesgenossen, Frankreich, hat in hohem Maße zugenommen.“

Damit wurden die Beratungen unterbrochen. Die Aussprache soll am Donnerstag fortgesetzt werden.

Russische Antwort an Zaleski.

Die Erklärung, die der polnische Außenminister August Zaleski in der Außenkommission des Sejm über die Möglichkeit eines polnisch-russischen Nichtangriffspaktes abgegeben hatte, ist — wie wir der polnischen Presse entnehmen — in Moskau recht früh aufgenommen worden. Im amtlichen russischen Kreisen wird betont, daß die Erklärung Zaleskis für den inneren Gebrauch bestimmt gewesen sei, und daß im gegenwärtigen Augenblick mit einer Fortsetzung der polnisch-russischen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt nicht gerechnet werden könne. Die Russische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie eine Bürgschaft für die polnische Westgrenze nicht übernehmen könne. Sie wolle mit Polen einen rein individuellen Vertrag abschließen, in dem die Interessen Dritter vollkommen unberührt bleiben.

Kundgebung gegen Borah

und die „Deutsche Rundschau“.

Bromberg, 4. November.

Am gestrigen Abend veranstalteten die Eisenbahner einen Demonstrationszug gegen das amerikanische, italienische und englische Korridorgeflüster. Der Zug bewegte sich vom Bahnhof durch die Bahnhofstraße, Wilhelmstraße und Kaiserstraße nach dem Schützenhaus. In dem Zuge, der von Fackelträgern begleitet war, wurden Tafeln gezeigt mit Aufschriften wie „Weg mit den Klauen vom polnischen Meer“, „Wir Eisenbahner geben nicht Pommerellen her!“ und „Fort mit dem prußophilen Borah!“ Als sich der Demonstrationszug vor dem Verlagsgebäude der „Deutschen Rundschau“ befand, wurde Halt kommandiert, die Kapelle brach die Marschweisen ab, und die Teilnehmer sangen die erste Strophe des bekannten Rota-Liedes. Hierauf setzte sich der Zug wieder in Bewegung.

Im Saale des Schützenhauses wurde eine Entschließung angenommen, in der man gegen die Tendenzen der Politik Borahs protestierte, die auf eine Änderung der polnischen Grenzen abzielten. Das Verhältnis zwischen Polen und Amerika sei bisher sehr gut gewesen; durch derartige Reden, wie sie Senator Borah gehalten habe, werde das Verhältnis zwischen den beiden Ländern getrübt. Die polnischen Eisenbahner Brombergs protestierten gegen eine Revision der Grenzen und dachten nicht daran, Pommerellen herauszugeben.

Das war die Demonstration gegen Borah. Wir müssen zu der Kundgebung vor unserem Verlagsgebäude erklären, daß wir kein von Senator Borah finanziertes Blatt sind,

„Dagegen ist fast gleichzeitig auf einem anderen Gebiet, und zwar in Neapel, eine zweite Erklärung abgegeben worden, und zwar von dem Chef der Italienischen Regierung. Auch dieser erwähnte von der Revision der Traktate. Doch mit Befriedigung nahmen wir zur Kenntnis, daß von italienischer Seite betont worden ist, daß sich dies nicht auf Polen bezieht. Nichtsdestoweniger ruft eine solche Erwähnung in Berlin eine abwartende Stimmung hervor. (In der deutschen Presse wird nämlich die gegenteilige Ansicht verbreitet, unterstützt durch eine Meldung der „United Press“ aus Rom.) Indem ich also meiner Freunde darüber Ausdruck gebe, daß der Leiter der

Wir möchten aber annehmen, daß jetzt Senator Borah zweifellos den Vorsitz der Außenkommission des amerikanischen Senats niederlegen wird. Und in der nächsten Woche dürfte dann auf gleiche Weise Mussolini entthront werden.

Brünings Vorbehalt.

Rüstungsfeierjahr — nur ein vorbereitender Schritt!

Aus Berlin wird amtlich gemeldet:

Die Reichsregierung hat das folgende vom Reichskanzler unterzeichnete Schreiben an das Völkerbundsekretariat gerichtet:

"In dem Bestreben, jede Maßnahme zu unterstützen, die die Arbeiten der Abrüstungskonferenz erleichtern könnte, erklärt sich die Deutsche Regierung bereit, den am 29. September 1931 von der Völkerbundversammlung vorgeschlagenen einjährigen Rüstungsstillstand anzunehmen. Sie tut dies in der Annahme, daß die Antworten der anderen Regierungen, deren Mitteilung sie entsprechend dem vom Rat am 30. September v. J. angenommenen Bericht entgegensteht, ebenfalls eine Zustimmung ohne wesentliche Vorbehalte enthalten.

Als Vertreter eines Landes, das bereits auf Grund vertraglicher Bindungen seine Rüstungen auf ein Mindestmaß herabsetzen müssen, lege ich Wert darauf, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die durch den einjährigen Rüstungsstillstand sich ergebende Begrenzung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand nur als vorbereitender Schritt zur Erleichterung der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz, nicht als eine Maßnahme zur Erfüllung der ihr gesetzten Aufgabe, angesehen werden kann. Denn diese besteht nicht in einer Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes; sie umfaßt vielmehr vor allem eine wirkliche Rüstungsverminderung bei den hochgerüsteten Staaten, die von den Grundgedanken der Gleichberechtigung und des gleichen Rechtes auf nationale Sicherheit für alle Signatarstaaten ausgehen muß.

Ich bitte Sie, die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Regierungen von diesem Schreiben in Kenntnis zu setzen."

Englische Zustimmung zum Rüstungsfeierjahr.

London, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) In ihrer Antwort an den Generalsekretär des Völkerbundes über das Rüstungsfeierjahr nimmt die Englische Regierung den Grundsatz an, ihre Rüstungen vom 1. November ab auf ein Jahr nicht zu vermehren. Sie sagt, daß ihr gesamtes Programm für die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft mit dem Entschluß des Völkerbundes und der Auslegung im dritten Ausschuß nicht im Widerspruch stehe. Die Englische Regierung behalte sich jedoch vor, im Falle von unvorhergesehenen Umständen, die bei Ländern mit großen überseeischen Verpflichtungen leichter als bei anderen entstehen könnten, von ihrer Zusage gegebenenfalls abzuweichen. Sie werde in einem solchen Fall dem Generalsekretär sofort Mitteilung machen.

Moskau — Ankara — Rom.

Russisch-türkischer Freundschafts- und Neutralitäts-Pakt.

Moskau, 3. November. (PAT) Die Reise des Außenministers Litvinow nach der Türkei hat mit der Unterzeichnung eines Protokolls ihre Krönung gefunden, durch welches die zwischen der Türkei und den Sowjets bestehenden Abkommen auf fünf Jahre verlängert werden. Das Protokoll umfaßt den Freundschafts- und Neutralitäts-Pakt vom 17. Dezember 1920 und vom 17. Dezember 1929 zusammen mit drei Zusatzprotokollen sowie dem See-Abkommen vom 7. März 1931.

Der türkische Ministerpräsident fährt nach Rom.

Rom, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der türkische Ministerpräsident Rüdshi Bey hat in Rom seinen Besuch angemeldet. Die römische Presse begrüßt diese Nachricht als einen Beweis für die gute Stellung, die Italien im nahen Orient einnimmt.

Frankreich verhindert jede Revision.

Englische Stimmen zum Aufstand auf Zypern.

Der "Manchester Guardian" führt zu dem Aufstand auf Zypern in einem Leitaufsaß aus: Das überraschende Interesse der Unruhen auf Zypern ist, daß sie nicht schon früher ausgebrochen sind... Es gibt keine englische Kolonie, wo das moralische Recht der britischen Besitzerrechte schwächer wäre. Vierfünftel der Bevölkerung auf Zypern sind Griechen nach Geburt oder nach Religion oder nach beiden zugleich. Immer wieder, seit vor 50 Jahren Israel in einer seiner unklugsten Unternehmungen die Insel unter die Herrschaft Großbritanniens brachte, bekundeten die Griechen Zyperns ihren Willen nach einer Vereinigung mit Griechenland oder wenigstens nach einer Selbstverwaltung... Während des Krieges war eine Vereinbarung zwischen England und Frankreich getroffen worden, daß Zypern ohne Einwilligung der Regierung Frankreichs nicht einer dritten Macht abgetreten oder in Verhandlungen hierüber eingetreten werden durfte. Diese unheilsamen Erwägungen und die Interessen Frankreichs in Syrien bedrücken uns seither schwer. Frankreich bewahrt seine ablehnende Stellungnahme gegenüber einem griechischen Zypern, und die beiden erfolgreichen Kolonialsekretäre Amery und Lord Passfield mussten den Zyprioten mitteilen, daß die Frage einer Vereinigung mit Griechenland bereits abgeschlossen und nicht mehr zu verhandeln sei... Der griechische Erzbischof auf Zypern hat dann einfach eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland proklamiert und durch dieses Vorgehen dem Gouverneur keine andere Möglichkeit, als die hässliche einer Anwendung der militärischen Gewalt gelassen. Indem die Ungeduld der Inselbewohner sie dazu verleitete, Zerstörungen in der Residenz anzureihen, wird es zehnmal schwerer sein, ihren Bestrebungen entgegen zu kommen. Aber es ist eine Tatsache, mit der das Colonial Office

rechnen muß, daß das Verlangen der Zyprioten einmal zu befriedigen sein wird, und daß ihre nationalen Empfindungen, die seit einem halben Jahrhundert unverändert geblieben sind, auch unter der wohlwollendsten Fremdherrschaft nicht verschwinden werden..."

"News Chronicle" schreibt: Seit 15 Jahren sind wir durch eine Vereinbarung mit Frankreich gebunden, diese Insel ohne Verständigung mit Frankreich nicht zu verlassen. Für Frankreich wie für England besteht das hauptsächliche Interesse für diese Insel in ihrer strategischen Bedeutung. Es scheint uns, daß diese strategische Frage unter den gegenwärtigen Umständen einer Revision unterzogen werden müßte.

Keine Aussichten für eine friedliche Einigung zwischen China und Japan.

London, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Ansicht der amtlichen Kreise in Tokio geht — wie die "Daily Mail" meldet, dahin, daß die Schwierigkeiten zwischen Japan und China unbeschadet des jetzigen Streitfalles über kurz oder lang auf gewaltsame Weise geregelt werden müßten, da keine Aussichten auf eine friedliche Einigung bestehen.

Einer Meldung der "News Chronicle" zufolge ist am Dienstag in Mukden infolge der zahlreichen Bandenübersfälle auf die verschiedenen Eisenbahnlinien der Belagerungszustand erklärt worden.

Unterbrechung des Brest-Prozesses?

Warschau, 4. November. (PAT) Am gestrigen achten Verhandlungstage in dem Prozeß gegen die Führer des Centrolinksblocks wurden weitere Zeugen der Anklage vernommen. Sie stellten fest, daß der Angeklagte Baginski Versammlungen ohne behördliche Genehmigung einberufen und sich beleidigend über Marschall Piłsudski ausgelassen habe.

Wie die jüdische Zeitung "Chwila" meldet, soll der Brest-Prozeß in den nächsten Tagen unterbrochen werden. Die Akten will man der Untersuchungsbehörde zur Ergänzung überweisen. (Das heißt mit anderen Worten, daß das Beweismaterial nicht ausreicht, um die Schuld der Angeklagten festzustellen. D. R.)

*
Eine französische Stimme.

Der "Kurier Poznański" gibt einen Kommentar der Pariser "La République" über den Brest-Prozeß wieder, in dem es heißt, daß Millionen von Franzosen Polen nicht geholzen haben und helfen, damit dort Brest-Methoden herrschen, und daß man in solchem Falle nicht weiß, weshalb Polen auf seine Grenzen besteht, da in ihnen ohnehin der Geist Polens nicht ist.

Thesen zur Verfassungs-Revision.

Im Verlauf der letzten Beratungen in der Verfassungskommission hat der General-Referent in den Fragen der Verfassungs-Revision Abg. Car folgende Thesen bezüglich der Kompetenzen des Staatspräsidenten gegenüber Sejm und Senat vorgelegt:

1. Einberufung und Auflösung von Sejm und Senat sowie Eröffnung, Vertagung und Schließung der Sejm- und Senats-Sessions bilden das besondere Vorrecht des Staatspräsidenten als Haupt des Staates.

2. Es gibt eine außerordentliche und ordentliche Sejm-Session. Die Bezeichnung Budget-Session findet keine Aufnahme in der Verfassung.

3. Die ordentlichen Sessionen werden am vierten Dienstag nach dem Wahltag zum Senat erstmalig und dann jährlich im November eröffnet.

4. Die Session, in welcher das Budget zur Veratung eingebracht wird, darf nicht vor Beendigung der Budget-Verhandlungen, wie sie die Verfassung vorsieht, geschlossen werden.

5. Die außerordentliche Session dient ausschließlich Fragen, die im Einberufungsschreiben des Staatspräsidenten erwähnt sind, ferner solchen Angelegenheiten, deren Erledigung in der nächstfolgenden Session die Gesetze und die Verfassungsordnung des Sejms bzw. Senats vorsehen. Andere Angelegenheiten können nicht Gegenstand der Veratung sein.

6. Die außerordentliche Session eröffnet der Staatspräsident aus eigener Initiative, oder wenn es die Hälfte der verfassungsmäßigen Zahl der Abgeordneten bzw. Senatoren fordert.

7. Der Grundsatz der Gleichzeitigkeit verpflichtet gegenüber der Eröffnung und Schließung der ordentlichen Session, verpflichtet jedoch nicht gegenüber den außerordentlichen Sessionen.

8. Die Dauer der Vertagung wird nicht in die in der Verfassung vorgesehenen Termine miteingerechnet, die dem Sejm und dem Senat durch die in der Verfassung vorgesehenen Abhandlungen festgesetzt sind.

9. Die während der Session nicht erledigten Abgeordneten-Anträge und Regierungsvorlagen erlöschen nicht automatisch mit dem Augenblick der Schließung der Session, sondern gehen in denselben Stande, in dem sie sich in der Zeit der Schließung befanden, zur nächsten gewöhnlichen Session über, es sei denn, daß sie in der Verordnung des Präsidenten der Republik den Gegenständen der Veratungen der außerordentlichen Session einverlebt werden. Mit den Anträgen jedoch, die aus der vorigen Session übrig geblieben sind, beschäftigt sich die nächste gewöhnliche Session nur dann, sofern die Antragsteller dies fordern. Verlangen im Laufe eines Jahres, von der Schließung der Session an gerechnet, die Antragsteller nicht die Wiederaufnahme der Verhandlungen, so erlöschen die Anträge endgültig.

10. Die Auflösung des Sejm und des Senats vor dem Ablauf der Kadenz wird von dem Präsidenten der Republik ohne einen vorhergehenden Antrag des Ministerrates angeordnet.

*
Vertagung des Sejm?

Warschau, 3. November. In diesen politischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß das Tempo der Sejm-Arbeiten nach der Verabschiedung der Regierungsvorlagen

am Ende dieser Woche nachlassen werde. Man rechnet sogar damit, daß die Arbeiten des Sejm eine achtmonatige Unterbrechung erfahren werden. Der "Illustrirte Kurier Codzienny" bestätigt, daß mit der Möglichkeit der Verlängerung der Sejm-Arbeiten für die Dauer eines Monats zu rechnen sei.

Von Beuthen nach Montreux.

Das auf Grund des Genfer Abkommens gebildete Gemischte Schiedsgericht für Oberschlesien wird, zunächst für ein halbes Jahr, seinen Sitz von Beuthen nach Montreux in der Schweiz verlegen. Der Grund dafür ist, daß der Präsident des Schiedsgerichts, Professor Raekenbeck, an einem Lungenerleiden erkrankt ist und den Winter über sich nicht in Oberschlesien aufzuhalten darf.

Die oberschlesischen Parteien, die vor dem Gericht ihre Rechtsstreitigkeiten auszutragen, bedauern die Verlegung des Gerichtssitzes außerordentlich. Man fürchtet daraus eine weitere Verzögerung der schwierigen Klagen, die infolge recht schwieriger Auslegungsfragen aus dem Genfer Abkommen an sich schon immer sehr lange Zeit in Anspruch nehmen.

Wenn Herr Professor Raekenbeck seinen Beruf nicht mehr in Beuthen ausüben kann, dann mag er — wie jeder andere Kranke, der sich das leisten kann — ruhig nach Montreux gehen; aber das Gericht soll er in Beuthen lassen, das nicht um dieses Belästigen, sondern um der Oberschlesier willen geschaffen ist. Nachfolger wären reichlich vorhanden, die den kostspieligen Gerichtsstand in der Schweiz nicht nötig hätten.

Jüdische Klage aus Amerika.

Auf dem alljährlich stattfindenden Kongress der amerikanischen Juden, der eben in Philadelphia tagte, wurde nach einer allgemeinen Aussprache ein Beschluß bezüglich der Lage der jüdischen Minderheit in Polen gefaßt. In diesem Beschluß gibt der Kongress der amerikanischen Juden seinem treuen Schmerz darüber Ausdruck, daß die Polnische Regierung die schwere Lage der jüdischen Minderheit in Polen bisher nicht zum Besseren gestaltet habe. Der Kongress der amerikanischen Juden appelliert an die Polnische Regierung, sie möge die Verpflichtungen erfüllen, die sich für sie aus den Bestimmungen der internationalen Verträge ergeben.

Treviranus

über deutsche Siedlungsfragen.

Auf einer Arbeitstagung der Volkskonservativen Vereinigung der Westmark in Essen äußerte sich Reichsminister Treviranus zur Siedlungsfrage. Das Bemerkenswerteste an seinen Ausführungen war vielleicht seine Randbemerkung zu dem Plan der Reichsregierung auf Schaffung von Kleinsiedlernstellen zur Steuerung der Not der Erwerbslosen: Weil dieser Plan, der lediglich zu einem Referenten-Entwurf gediehen gewesen sei, sei anscheinend zu einem urheblichen Volksbegriff die Auffassung geworden, daß die Reichsregierung im Ernst daran denke, einige hunderttausend Erwerbslose als Zuwanderer in einem ungewissen Schicksal zuzuführen. Die Erwerbslosensiedlung, wie sie der Reichsregierung vorschwebt, sei nur als nebenberufliche Arbeit zu betrachten; ihr Ziel sei, durch die Bebauung von Kleinparzellen nicht Erzeugnisse zum Verkauf zu gewinnen, sondern zähen und willigen Arbeitslosen zusätzliche Mittel zum Lebensunterhalt zu liefern. Im übrigen setzte sich Minister Treviranus stark für die Rückiedlung der Arbeitslosen, vor allem der Bergleute, aus dem Ruhrgebiet nach dem Osten ein, wo viele gekommen seien und wo sich ein katastrophaler Erdruß vollziehe. Im Osten bestehe ein großes Landangebot, auf der anderen Seite stünden dort Landarbeiterwohnungen leer. Die Landarbeiter rieten: "Nehmt uns Land ab, damit wir mit dem Rest fertigwerden können"; sie wären dankbar, wenn Leute kämen; sie würden gern 10 bis 12 Morgen zulegen. Die Rückiedlung sei auch das einzige Mittel, um die völlige Verstädtung im Industriegebiet zu verhindern. Um die organische Rückentwicklung auf Jahre hinaus, wenn es sein müsse durch Enteignung, der Gartenlandnutzung und der Feldnutzung zur Verfügung gestellt werden. Denn man müsse damit rechnen, daß das deutsche Volk voraussichtlich für länger zwei bis drei Millionen Erwerbslose mitnähren habe. Er, Treviranus, stamme vom Lande und bearbeitete als "Karl Krüger" in Berlin einen Schrebergarten. Dadurch empfände er die Freude des Volkes an Arbeit, Luft und Licht mit und sehe, wie aus den Schrebergärten alte Neigungen erwachsen. Je nach der Güte des Bodens sei im Plan der Reichsregierung die Grenze des einem Kleinsiedler zu überwesenden Bodens zwischen einem Viertel und zwei Morgen gezogen. Da ein Holzhaus 1900 bis 2200 Mark koste, werde das Reich — Hauszinssteuermittel gebe es nicht dafür — jedem Siedler voraussichtlich 2000 Mark Zuschuß geben. Aber diese Zuschüsse müßten unter allen Umständen wieder zurückgezahlt werden, ebenso wie die früher in die Siedlung gesteckten öffentlichen Mittel. Man könne höchstens die Tilgungsfristen verlängern und die Raten verkleinern. Eigentumsstärkung und Eigentumssicherung seien der letzte und ursprüngliche Zweck des Planes der Reichsregierung. Wie glücklich sei der einfache Mann, wenn er nur ein Blähchen sein könne! Mit der Primitivität finde sich der Volksgenosse leicht ab; man müsse ihn nur nach seiner Passion ohne äußeren Zwang und Druck wohnen lassen. Das Siedlungsproblem, so schloß Treviranus, lasse sich nicht nach einem Schema lösen, mit Programmfürsten und Paragraphenreiten, sondern nur durch Tatkraft und entschlossenes Handeln.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 4. November 1931.

Kračau + 1,62, Rawitsch + 2,18, Warschau + 2,86, Błocic + 2,55, Thorn + 3,28, Norden + 3,21, Culm + 3,10, Graudenz + 3,26, Kurzbrück + 3,45, Tielcza - 3,07, Dirshau - 3,07, Einlage + 2,74, Schiewenhorst + 2,68.

Meinen Kindern.

An die Schwelle möcht' ich euch geleiten,
gern auch noch das neue Land beschreiten,
eine Strecke still daneben gehn.

Nimmer kann es meine Liebe fassen,
dass ich eines Tages euch verlassen,
scheiden soll, um nimmer euch zu lehn.

Sorgend lausch' ich euren Atemzügen,
hütend helf' ich euch der Pflicht genügen,
Freude stift' ich, wo ein Wunsch sich regt:

Wieviel Schönheit ist euch noch zu zeigen,
wieviel Höhen sind noch zu ersteigen,
Hand in Hand und Herz an Herz gelegt!

Und es kann auf jenem Stege sein:
fröhlich schaut ihr um und seid allein!

Richard von Schaukal.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 4. November.

Mildes Wetter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet mildes Wetter bei Bewölkungszunahme an.

Was tust du für die Winterhilfe?

Die Lösung der Winterhilfe "Wir wollen helfen" hat in unserer deutschen Bevölkerung so weit man es bis jetzt übersehen kann, einen recht erfreulichen Widerhall gefunden. Das merkt man zwar nicht an der Größe der zur Verfügung gestellten Mittel, aber das tut sich fund in den vielen Zeichen der Hilfsbereitschaft, mit dem Motto "Von Mensch zu Mensch". Gerade diese Forderung scheint dem Verantwortungsbewußtsein und der Helferfreudigkeit sehr entgegen zu kommen. So sind z. B. eine Reihe von Mittagsstiften zur Verfügung gestellt worden. Monatliche oder wöchentliche Päckchen mit Lebensmitteln werden zusammengestellt. Ein System der Patenschaften für Schulkinder hat in Posen mit der Übernahme des Schulgeldes für bedürftige Kinder, durch Beiträge für das Schulfrühstück (warmer Milch und Hörnchen) begonnen. Auch der "barmherzige Kleider- und Wäscheschrank" hat schöne und brauchbare Stücke hergegeben. Das Land hat sich den vielen Bitten um Hilfe nicht verschlossen und Lebensmittel in die Stadt geschickt. Mancher rührende Einzelzug beweist, wie die Verantwortungsfreudigkeit für die Not des anderen geweckt und gestärkt worden ist. Und doch ist uns um die Winterhilfe noch recht bange. Zu viele stehen noch abseits, die noch nicht begriffen haben, daß auch sie in den großen Helferkreis gehören, auch mit ihren kleinen und bescheidenen Mitteln. "Was tust du für die Winterhilfe?" Diese eindringliche, persönliche Frage darf niemanden lassen, bis er sie nicht mit der Tat beantwortet hat. Die Winterhilfe fängt ja erst an. Noch sind trotz der schönen Beweise der Hilfsbereitschaft noch viel zu wenig Kräfte am Werke. Die wenigen können es nicht schaffen. Es geht nur dann, wenn alle dabei sind. Darum: "Tu du das Deine für die Winterhilfe".

Der Chor der Christuskirche veranstaltete unter der Leitung von Bruno Lenkeit am Sonntag, 1. November, aus Anlaß des Reformationsfestes in der Kirche zu Przedenthal ein Kirchenkonzert. Neben dem Chor wirkten solistisch mit: Fr. Flatau (Sopran) und die Herren Sonnenberg (Bariton), Borch (Violine) und Preuß (Orgel). Es hatte sich eine anselbstliche Gemeinde versammelt, die den musikalischen Darbietungen andächtig lauschte. Genannt sei von den Darbietungen in erster Linie der Chor unter der Stabführung Lenkeits. Manch gutes Stimmmaterial, besonders in den Frauenstimmen, mag als Grund zur Ausbauarbeit dienen, noch ist an der Einheitlichkeit des Tonangeses, der choristischen Verteilung von sog. schweren und leichten Takteilen und der Erzielung eines musikalischen Geschmackes zu arbeiten. Dies ist ein Weg, der diesen Chor zu einem brauchbaren konzertierenden Klangkörper machen kann. Fr. Flatau brachte ein Sopransolo zu Gehör, ferner stellte Artur Sonnenberg seinen Bariton in den Dienst der Sache. Das Violinspiel Borch ist warm. Die Orgelsbegleitung betreute Herr Preuß, der mit einem kurzen Präludium von Vorwieg das Konzert einleitete. Chor und Solisten vereinigten sich zum Schlus in der Kantate "Die Erlösung" von Kempter. Die Betonung der leicht verständlichen und vollständlichen Kirchenmusik ist anzuerkennen. Im Interesse der Reinheit und Unverfälschtheit der evangelischen Kirchenmusik und der kirchenmusikalischen Darbietungen mag aber der Hinweis wohlwollend hingenommen werden, daß nicht alles "religioso" ist, was diese Bezeichnung trägt. Und gerade die evangelische Kirchenmusik birgt einen unendlich reichen Schatz an wertvollen volkstümlichen Werken. Hier schlummert manche Kostbarkeit, die einer dankbaren Ausgabe harrt!

Aenderung im Eisenbahnsystem. Die Posener Eisenbahndirektion gibt folgendes bekannt: Vom 15. November wird auf der Strecke Schubin-Bzin der Fahrplan des gemischten Zuges Nr. 2551 folgendermaßen geändert: Schubin ab 7 Uhr morgens, Kowalewo an 7.08 Uhr, ab 7.09, Wasożo an 7.15, Jaroszewo an 7.36, ab 7.39, Bzin an 7.48. Mit demselben Tage wird auch der Fahrplan des Triebwagenzuges Nr. 341 auf der Strecke Posen-Opalenica wie folgt geändert: Posen ab 11.58 nachts, St. Lazarus an 12.04, ab 12.05, Junikowo an 12.08, ab 12.09, Plewiska an 12.18, ab 12.14, Palędzie an 12.19, ab 12.20, Dąpiewo an 12.26, ab 12.27, Otwoz an 12.35, ab 12.38, Bzin an 12.42, ab 12.43, Opalenica an 12.54.

Zwei tapfere, aber gutmütige Mädchen. An einem der letzten Tage ereignete sich ein tragischer Vorfall in der

Altstraße in Schwedenhöhe. Dort befanden sich zwei junge Mädchen, die sich mit Aktentaschen unterm Arm in den Dienst begaben. Plötzlich trat ein junger Mann auf sie zu, entriß einer von ihnen die Aktentasche und nahm mit seiner Beute Reißaus. Die Verantworte war über den Vorfall weder erfreut noch erschrockt und dachte nicht daran, ihre Aktentasche dem frechen Straßenräuber zu überlassen. Sie ließ ihm nach, holte ihn ein, bekam ihn am Kragen zu fassen und schüttelte ihn heftig. Schließlich stieß sie den jungen Mann in ein Haustor, und als ihre Kollegin ebenfalls herbeigeeilt war, schlugen beide auf den Banditen ein, der über diese Verirterinnen des angeblich schwachen Geschlechts derart verblüfft zu sein schien, daß er sich nicht zu wehren wagte. Im Gegenteil begann er flehentlich um Verzeihung zu bitten, erklärte, daß er arbeitslos sei und die ganze Sache eigentlich nur zum Spaß gemacht habe. Die beiden jungen Mädchen ließen allmählich von ihrem Opfer ab, das weiche Herz begann die Wut zu verdrängen und als sie den jungen Mann so klagen hörten, gaben sie ihm schließlich noch einige Groschen und zogen mit der zurückerobernten Aktentasche bestiedigt davon.

Der Kinder auf dem Fahrdamm — neuer Unfall. Gestern gegen 5 Uhr nachmittags ereignete sich ein neuer Verkehrsunfall, der durch Kinder, die auf dem Fahrdamm spielten, hervorgerufen wurde. Und zwar geriet durch eigene Schuld der achtjährige Edmund Prilla, wohnhaft bei seinen Eltern Przenzhöhe (Lubelska) 27 unter ein Auto. Glücklicherweise trug der Knabe nur leichte Verletzungen davon, mußte jedoch ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Der heutige Wochenmarkt brachte mittelmäßigen Verkehr. Man forderte zwischen 10 und 11 Uhr 1.80—1.90 für Butter, für Eier 2.30—2.40, Weißkäse 0.30—0.40, Tilsiterkäse 1.70—2.00. Für Gemüse zahlte man: Rote Rüben 0.10, Mohrrüben 0.10—0.15, Spinat 0.30—0.40, Weißkohl 0.10, Rotkohl 0.15, Wirsingkohl 0.10, Rosenkohl 0.40, Zwiebeln 0.30, Birnen 0.30—0.40, Apfel 0.20—0.40, Tomaten 0.20. Für Geflügel zahlte man: Enten 3.00—5.00, Gänse 6.00—7.50, Hühner 2.00—4.00, Tauben 0.90. Der Fleischmarkt lieferte: Speck 1.00—1.30, Schweinesleisch 0.80—1.20, Rindsleisch 0.80 bis 1.20, Kalbsleisch 1.00—1.30, Hammelsleisch 0.90—1.20. Für Fische zahlte man: Aale 2.00, Hechte 1.50—1.80, Schleie 1.50—2.00, Plötz 0.50, Bressen 0.80—1.50, Barsch 0.80—1.20.

Ein teures Lokal. Dem in Posen, Neue Gartenstraße (Maleckiego) 21, wohnhaften Włodzisław Hentschke hat, wie er der Polizei meldete, eine unbekannte Person in einem hiesigen Lokal die Brieftasche mit 2500 Złoty gestohlen!

Einbrüche und Diebstähle. Frau Stanisława Hoffmann, Danzigerstraße 103, meldete der Polizei, daß man aus ihrer Wohnung Garderobe, Wäsche und einen Truerring gestohlen habe. — Stefan Chmiel, Bielowstraße (Al. Mickiewicza) 1, haben Einbrecher zwei Junktorschädel, einen Gasofen und eine Wanne aus dem Keller gestohlen. — Ein unbekannter Dieb stahl dem, Dorfstraße (Inflancka) Nr. 1 wohnhaften Adam Rydzewski vom Hofe Wäsche im Werte von 100 Złoty. — Helene Baranowska, Adlerstraße (Orla) 12, meldete der Polizei, daß Einbrecher während ihrer Abwesenheit in ihre Wohnung gedrungen seien und einen Herrenanzug im Werte von 220 Złoty gestohlen haben.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Cäcilienverein. Donnerstag Übungsstunde. Vollzähliges Er-

scheinen dazu erwünscht. (10177 *) *

Wie sich die Landwirtschaft

gegen die Krise hilft.

Posen (Poznań), 3. November. In einer heute nachmittag im vollbesetzten kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses unter dem Vorsitz des Majors a. D. Lorenz-Kurowo abgehaltenen Sitzung des Kreisbauernvereins Posen sprach der auch hier von seinen früheren Vorträgen her bestens bekannte und geschätzte Professor Dr. Woermann-Danzig in einem einstündigen glänzenden Vortrage über den "Ersten Kampf der Landwirtschaft gegen die Krise". Bevor er zu den betriebswirtschaftlichen Problemen und zu den Mitteln Stellung nahm, durch die der Landwirt in der gegenwärtigen kritischen Zeit der Welt-, Industrie- und Agrarkrise sich aus eigener Kraft helfen könne, betonte der Vortragende, daß der Traum Josefs von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren sich in einem Konjunkturzyklus zu wiederholen scheine. Gegenwärtig seien die 10 Millionen Arbeitslosen der ganzen Welt an der Schrumpfung des Konsums schuld, der eine bedeutende Produktionssteigerung gegenüberstehe. Polen gehört anerkanntermaßen zu den Agrarexportländern. Auch hier bleibe die Ernte hinter den Erwartungen und Schätzungen zurück, deshalb sei auch für das kommende Frühjahr mit einer Steigerung der Getreidepreise zu rechnen. Die Schweinepreise sind in den letzten Wochen erheblich gefallen. Im ganzen sind die Aussichten der Landwirtschaft für die Zukunft noch recht trübe. Welcher Mittel kann sich der Landwirt bedienen, um im Betriebe zu sparen? Dabei ist zu betonen, daß allzu große Sparsamkeit sich rächt, denn man könnte nicht intensiv organisieren und extensiv führen. Auch die Herabsetzung der Löhne und die Düngeerschränkung haben ihre Grenze. Der Redner empfahl eine anderweitige Organisation der Anbauverhältnisse und der Fruchtfolge und befürwortete eine Ausdehnung des rationellen Futterbau (Zucker) und der Hackfrüchte. Futterbau, Hackfruchtbau und Kartoffelbau ergänzen einander. Die Grundlage der Düngung muß der Stallmist sein. Kali und Phosphorsäure müssen auf ein Mindestmaß durch eine rationelle Fruchtfolge beschränkt werden. Der Redner verbreitete sich auf weitere Rentabilitätsverhältnisse in der Rindviehhaltung und verwies dabei auf die konstanten Grundkosten (Gebäudehaltung, Lohn des Schweizers und Unterhaltungskosten), der Schafhaltung und der Schweinehaltung. Hier gelte es, eine Förderung des Fleisches zu schaffen nach dem Grundsatz extensiv organisieren, intensiv führen. Zum Schlus streifte der Vortragende noch die Frage, wie der Landwirt von den Schulden herunterkommen könne. Einen Vorwurf könne man den Landwirten nicht erparen, daß sie sich oftmals zu leicht auf die Kreditwirtschaft eingelassen hätten. Keinesfalls dürften sie sich jetzt ihren Verpflichtungen der Zinszahlung den Kreditanstalten gegenüber entziehen. Denn wenn der Landwirt mit dem weißen Stocke von seinem Besitz gehe, dann können die Kreditinstitute mit den leeren Gebäuden und Ställen auch nichts anfangen. Durch zähe Sparsamkeit müsse man versuchen, die Betriebe über die schwere Zeit hinwegzubringen, damit dieser Boden unseren Kindern und Kindeskindern überlassen werden kann.

,Wenn die Blätter fallen...“

dann ist die Zeit da, wo mehr denn je Panflavin-Pastillen zu nehmen sind, um der Grippe wie überhaupt allen Erkrankungen vorzubeugen. Insbesondere das Zusammensein mit anderen Personen erhöht die Ansteckungsgefahr und erfordert deshalb Schutz durch die wohlschmeckende Panflavin-Pastille. Deshalb sollten auch Eltern ihren Lieblingen laufend die in jeder Apotheke erhältlichen Panflavin-Pastillen geben. 9688

□ Crone (Koronowo), 2. November. Auf dem hiesigen Standesamt für den Stadtbezirk wurden für die Zeit vom 1. 10. bis 31. 10. 11 Geburten (4 männliche und 7 weibliche), 4 Sterbefälle und 6 Geschlechtungen gemeldet.

ph. Schulz (Solec), 3. November. Auf dem hiesigen Wochenmarkt wurden folgende Preise gefordert und gezahlt: Für Kartoffeln 2.50—2.80, Butter 1.90—2.00, Eier 2.50—2.60, Weißkäse 0.40, Weißkohl 0.06, Rotkohl 0.10, Grünkohl 0.10, Wirsingkohl 0.15, Blumenkohl pro Kopf 0.50—0.80, Mohrrüben 0.05, Brüken 0.05, Kohlrabi Bund 0.20, Zwiebeln 0.20 pro Pfund, rote Rüben 0.05, Enten 3.00—3.50, Gänse 1.00 pro Pfund.

es. Mrotchen (Mrocza), 3. November. Auf dem letzten Pferde- und Viehmarkt herrschte nicht allzu reger Verkehr. Auf dem Pferdemarkt waren nur ca. 20 minderwertige Tiere aufgetrieben, auf dem Viehmarkt circa achtzig Kühe. Hier wurden einige Umläufe erzielt, jedoch zu sehr niedrigen Preisen. So wurden für hochtragende gute Kühe 250—300 Złoty und einige sogar 125 Złoty gezahlt.

v. Argonar (Gnielkowo), 3. November. Der am heutigen Tage bei schönem Herbstwetter abgehaltene Vieh- und Pferdemarkt hatte nur einen geringen Auftrieb aufzuweisen. An Pferden sah man nur minderwertiges Material, während bessere Tiere überhaupt nicht vorhanden waren. Die Preise für mittlere Arbeitspferde schwankten zwischen 100—250 Złoty. Auf dem Viehmarkt forderte man für bessere Milchkühe 250—350 Złoty, für geringere Sorte 70—150 Złoty und für alte Kühe und Järfen 50—100 Złoty. Da auswärtige Händler, die als Abnehmer besonders in Frage kommen, nicht erschienen waren, zogen die Verkäufer es vor, ihr Vieh wieder nach Hause zu führen.

z. Innowroclaw, 3. November. 1½ Jahre Zuchthaus wegen Meineides. Vor der Strafkammer hatte sich heute der Kaufmann Zenak Ledzianowski aus dem Kreise Strelno zu verantworten. Die Anklage legte ihm Meineid zur Last. In einer Altmentensache hat er andere Zeugen verleitet, falsche Aussagen zu machen. Der Staatsanwalt beantragte für den Angeklagten zwei Jahre Zuchthaus. Nach kurzer Beratung wurde Ledzianowski zu 1½ Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Chorverlust und Tragung der Gerichtskosten verurteilt. — Gleich nach Öffnung der letzten Stadtverordnetensitzung wurden zu Mitgliedern des Aussichtsrates der kommunalen Sparkasse der Stadt Innowroclaw die bisherigen Mitglieder Dzioch, Kreisner und Jurkowski aus der Mitte der Stadtverordneten wieder neu gewählt, dagegen wurde die Wiederbestätigung der Mitglieder aus der Mitte der Stadträte vertagt. Zur Kenntnis genommen wurde die Eröffnungsbilanz des hiesigen Solbades, die mit einer Summe von über 3 Millionen abschließt. Beschlossen wurde, dem Oberstadtkreis Biczysko und dem Sekretär Nowak die im Staatsdienste erworbenen Rechte hinsichtlich der Pensionsansprüche anzuerkennen. Weiter wurde die Anstellung einer Reihe städtischer Beamter auf Lebenszeit beschlossen. Zum Schlus wurde über den Dringlichkeitsantrag der Novellierung des Gesetzes über die Unterstützung der Armen seitens der Gemeinden beraten. In einem Referat begründete Stadtr. Gutowski die Notwendigkeit der Verlängerung der Aufenthaltsdauer, die erforderlich ist, um seitens der Gemeinde unterstützt zu werden, von 1 auf 5 Jahre. Durch diese Verlängerung soll erstens der Magistrat von der Zahlung der hohen Unterstützungssummen etwas entlastet werden, zweitens soll der Zugang vom Lande gemindert werden. Nach einer Erklärung des Stadtpräsidenten, daß dies vorläufig nur ein Vorschlag sei, der von der Regierung novelliert werden soll und daß im Falle seiner Vermirklichung nur alteingesessene arme Bevölkerung Vorteile haben soll, wurde der Antrag angenommen.

□ Posen (Poznań), 3. November. Einen tödlichen Unfall erlitt gestern der 26 Jahre alte Monteur des städtischen Elektrizitätswerks Eugen Syßer. Als er in Gurschin elektrische Straßenlampen installierte, geriet die Leiter, auf der er stand, ins Rutschen. In seiner Not hielt er sich an der Hochspannungsleitung fest und wurde vom elektrischen Schlag getötet.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Erdély; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Henke; für Anzeigen und Klagen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann. L. a. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 255

Selma Feibusch
Norbert Gimbel

Verlobte
4416

Fordon im November Warschau.

Hebamme
erteilt praktischen Rat,
guter Erfolg u. Discretion
zugesichert. 4279
Danet, Dworcowa 66.

Überlebungen
deutsch-polnisch, russisch.
Übernehme auch Schreibmaschinen,
arbeiten. 4410
Poztowa 1, I. Stod.

Kugellager
Neumann & Knitter
Stary Rynek. 10034 Tel. 141.

Deutsche Hilfe für die Arbeitslosen
der Stadt Bromberg.
Jedes Mal, wenn wir uns an die
Opferfreudigkeit
der Deutschen Bürger

wandten, um auch unser Teil zur Linderung der großen Notstände in unserer Stadt beizutragen, konnten wir einen schönen Erfolg erzielen. Dies legt uns die Pflicht auf, uns wiederum an unsere Volksgenossen zu wenden, um der Härte des Winters zu begegnen. Unsere Sammlung vollzieht sich im Rahmen der städtischen Nothilfe. Da das Elend der Arbeitslosen noch angewachsen ist, ist es Pflicht auch der Minderbemittelten, und zwar eines jeden, der auch nur das Notwendigste hat, eine Spende zu opfern.

Wir schicken, um möglichst alle Deutschen zu erfassen, unsere Sammler, die mit einem geimpfeten Ausweis versehen sind, von Haus zu Haus. Wir bitten jeden, der auch nur ein ganz bescheidenes Einkommen hat, sich selber zu besteuern mit 2 oder auch nur mit 1 Prozent seines Einkommens, wie es ihm möglich ist.

Für jede Spende sei hiermit herzlich gedankt. Die Spenden werden in der üblichen Weise durch die Zeitungen veröffentlicht.

Einzahlungen können auch erfolgen auf das Konto "Arbeitslosenpende" bei der Deutschen Volksbank, Posenschen Genossenschaftsbank, Filiale Bromberg und Bank für Handel und Gewerbe. 10187

Die deutsche Stadtverordneten-Fraktion:

gez. Jendriske.

Der deutsche Wohlfahrtsbund:

M. Schnee.

Mit bestem Dank wird hiermit über folgende Spenden quittiert:

2. Quittung. G. B. Oktober bis Dezbr. 75.—, Schnae 3.—, Frau Witte 20.—, Speer 2.—, Ramme 10.—, Scheuer 5.—, Brandt 5.—, Landw. Ein- und Verkaufsverein 10.—, Zacharias 2.—, Muttke 3.—, Kaus 2.—, Leibner 2.—, Schmidt 2.—, Twardowski 3.—, Bophal 3.—, Reich 5.—, Raddatz 2.—, Jendriske 10.—, Machoß 1.—, Gaedel 15.—, Schwabe 2.—, Dr. Edert 5.—, Schulz 4.—, Böhm 3.—, Matern 1.50, Winkler 5.—, Klokbücher 1.—, Stödmann 2.—, Zichalia 3.—, Müller 1.—, Max Jacob 3.—, Marquardt 1.—, Kieper 1.—, Schwadtko 2.—, Strelow 2.—, Pohl 1.50, Gebr. Brauer 5.—, Boehnisch 3.—, Urndt 2.—, Müller 3.—, Werdin 10.—, Gannat 2.—, Zemisch 1.—, Gauer 3.—, Scheerbahrt 2.—, Scheerchmidt 2.—, Direktor Werner 50.—, Unger. 10.—, Unger. 6.—, Ungenannt 5.—.

Teppiche

Gardinen

Läufer

Möbelstoffe

handgeknüpft

„Żywiccer“

Teppiche

empfiehlt

zu niedrigsten Preisen

„Dekora“

Gdańska 10/165

I. Stock.

Neben Kino Kristal

Telefon 226. 10032

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

10188

</

Bromberg, Donnerstag den 5. November 1931.

Pommerellen.

4. November.

Graudenz (Grudziadz).

Der Wirtschaftsverband städtischer Berufe

(Sitz Bromberg) hielt am letzten Sonntag nachmittag in Grudenz im "Goldenem Löwen" eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Fabrikbesitzer Hans Hege - Bromberg, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder. Er wies darauf hin, daß die Abhaltung der Versammlung diesmal in Grudenz auch der erfreulichen Tatsache zuzuschreiben sei, daß der Grudenser Schuhverband selbständiger Kaufleute, nachdem er seine Tätigkeit suspendiert und seine Mitglieder einzeln dem Wirtschaftsverband angeführt hat, rückwirkend mit dem 1. Oktober in den Wirtschaftsverband aufgegangen ist. Mit dem besonderen Gruß an die neue Ortsgruppe Grudenz verband der Redner den Wunsch, daß der Grudenser Zusammensetzung für den Wirtschaftsverband erfreulich auswirken möge. Als Leiter der vom Verbande mit dem 1. Januar in Grudenz einzurichtenden Bezirksstelle stellt der Vorsitzende der Versammlung Herrn Bart vor. Namens der neuen Ortsgruppe Grudenz entbot deren Führer, Fabrikbesitzer Adolf Domke jun., der Versammlung seinen Gruß. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß der Grudenser Schuhverband jetzt den Weg zu dem gemeinsamen Ziele gefunden habe, und gab die Sicherung, daß auch die Grudenser Ortsgruppe zum Wohle unseres Volkes und zur Behebung der wirtschaftlichen Not innerhalb des Wirtschaftsverbandes eifrig mitwirken werde. Nach Verlesung der Anschlußverhandlungen zwischen Grudenz und Bromberg durch Hauptgeschäftsführer Schramm gab dieser die Anwesenheitsliste bekannt. Danach waren vertreten die Ortsgruppen Bromberg: a) Kaufleute, b) Handwerker, Culmsee, Tordon, Janowiz, Drischau, Thorn: a) Kaufleute, b) Handwerker, Konitz, Trzeciewiec, Briefen, Neustadt, Nehden sowie Grudenz.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Auf Antrag der Ortsgruppe Bromberg erfolgte zunächst die Beratung des 5. Punktes der Tagesordnung: Sanktionsänderungen. In äußerst eingehender, etwa einstündiger Beratung beschloß die Versammlung die neue, aus 15 Paragraphen bestehende Satzung, zu deren Entwurf besonders die Ortsgruppe Bromberg eine erhebliche Anzahl Änderungen hervorbrachte, die auch meistens akzeptiert wurden. Der Vorsitzende dankte der Versammlung für die besondere Gründlichkeit, mit der die Statutenberatung vor sich gegangen war. Seinem Vorschlag, die neu beschlossene Satzung am 1. Januar 1932 in Kraft treten zu lassen, wurde einstimmig entsprochen.

In dem Geschäftsbereich, den Hauptgeschäftsführer Schramm hierauf eröffnete, wies er u. a. darauf hin, daß ein Jahr der schwersten Wirtschaftskrisis hinter uns liege. Je größer die Not, desto mehr suchten die Mitglieder Rat und Stütze bei ihrer Organisation. Diese stärkere Anspruchnahme sei ein Beweis dafür, daß das Vertrauen der Mitglieder zum Verbande und seiner Arbeit wachse. Der Verband zählte am Schlusse des Berichtsjahres 1932 direkte und ca. 600 korporative Mitglieder. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 38 im Jahre 1929 auf 21 im Berichtsjahr gestiegen. Als Neugründung sind die Ortsgruppen Culm, Nehden und Tuchel zu verzeichnen. Der Berichterstatter hob die Wichtigkeit der Posten des Obmanns und des Kassierers in den Ortsgruppen hervor. Von ersteren, der der wirkliche Führer der Ortsgruppe sein müsse, hängt deren Eigenleben ab, während ein tüchtiger Kassierer es nur zu wenigen oder überhaupt keinen Außenständen kommen lasse. Die Verbandsaktivität in den Ortsgruppen erstreckte sich vor allem auf Vorträge über aktuelle, allgemein interessierende Fragen und Einzelberatung. Im Berichtsjahr haben 123 Ortsgruppenversammlungen, 57 Sprechstunden außerhalb Brombergs, 18 Vorstandssitzungen, 7 Sitzungen bei Behörden und 21 anderen, zusammen 221 Sitzungen stattgefunden. Ein bedeutender Teil der Verbandsarbeit ist die tägliche Beratung. Es sind im ganzen ca. 5000 Auskünfte in Rechts- und Steuerfragen, Aufwertungsachen usw. sowohl mündlich wie auch schriftlich erteilt, ferner ca. 1200 Anträge, Gesuche und Reklamationen angefertigt worden. Mit Genugtuung konstatiert der Bericht, daß dem Verbande auch zur Mitarbeit bei großen Fragen, bei der Lösung wichtiger Wirtschaftsprobleme die Möglichkeit gegeben worden ist. In der Frage der Berufswahl stellt der Bericht einen Andrang zum Hochschulstudium, das oft nur unter großen Entbehrungen absolviert werde, und eine Abkehr vom Handwerks- und Kaufmannsberufe fest. Hierdurch werde ein Überschuss von Akademikern herangebildet, während dem Handwerksteil oft die besten Kräfte verloren gehen. Der Verband wirke auch in dieser Richtung aufklärend. In gemeinsamer Arbeit mit anderen Berufen ist eine Arbeitsgemeinschaft in Form einer Berufshilfe geschaffen worden. Die Buchstelle hat den Verband zu einer selbständigen Genossenschaft organisiert. In der Zentralstelle in Bromberg haben im Berichtsjahr vier Buchführungskurse stattgefunden. Die Tätigkeit des Verbandes verschaffe, so sagt der Bericht schließlich, so viele Vorteile, daß von einem Opfer in Form der Beitragzahlung keine Rede mehr sein könne. Es sei daher die Pflicht auch des letzten Berufsgenossen, in die Reihen des Verbandes zu treten.

Der Vorsitzende dankte dem Syndikus für seinen trefflichen Bericht. Herr Dobbermann - Bromberg gab dem Wunsche Ausdruck, daß sich innerhalb der Mitgliedschaft des Verbandes noch mehr Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an den Verbandsaufgaben und Interessen finden möge. Jeder, der es ernst meine und guten Willens sei, müsse das Seinige tun.

Nach der Erstattung des Kassenberichts erteilte die Versammlung dem Vorstande Entlastung. Es folgte die Bekanntgabe des Haushaltsplans (noch für das Geschäftsjahr 1931), der genehmigt wurde.

Unter "Verschiedenes" gab der zweite Vorsitzende, Kupfermiedemeister Kretschmer - Bromberg, die Anregung, der Wirtschaftsverband möge sich für die Gründung auch einer Altersversorgungskasse für die Hand-

werker und Kaufleute usw. seiner Organisation interessieren. Unter eingehender Darlegung des segensreichen Wirkens solcher Kassen, und zwar an der Hand von Erforschungen über derartige Einrichtungen in anderen Organisationen, trat der Redner sehr warm für diese besonders in heutiger Notzeit so überaus notwendige Sache ein. Der erste Vorsitzende stimmt seinem Vorstandskollegen durchaus zu und setzte sich ebenfalls für die Verwirklichung des Gedankens ein. Dem Vorschlag des ersten Vorsitzenden gemäß wurde Herrn Kretschmer aufgezeigt, selbst eine Kommission zur Durchberatung des Projekts zu bilden, und das Ergebnis von deren Tätigkeit bildigte dem Vorstande zur weiteren Veranlassung vorzulegen.

Mit Dankesworten an die Versammelten für das den ersten und langen Verhandlungen beigegebe Interesse und mit dem Wunsche für eine weitere gedeihliche Entwicklung des Wirtschaftsverbandes und seiner so bedeutungsvollen Bestrebungen schloß sodann der Versammlungsleiter die Tagung.

× In Sachen der telephonischen Feuermeldungen, die bisher nicht in allen Fällen zweckentsprechend funktioniert haben, ist jetzt eine gewisse Änderung eingetreten. Da die Wehr in manchen Fällen mit dem telefonisch einen Brand Meldenden unverzüglich verbunden worden ist, hat die Telegrafenbehörde auf Wunsch des Kommandanten folgende Anordnung getroffen: Die Telefonistinnen haben für den Fall, daß jemand der Wehr telefonisch den Ausbruch von Feuer melden will, den Meldenden sofort, d. h. ohne jede Verzögerung, mit der Feuerwehr zu verbinden. Zu diesem Zwecke ist sogar auch ein ausswartiges Gespräch zu unterbrechen. Der das Feuer Anzeigende soll, nachdem die Telefonistin sich gemeldet hat, laut sagen: "Ja melde pożar!" (Ich melde Feuer!) und um Verbindung mit der Feuerwehr bitten, worauf unverzüglich die Verbindung mit der Wehr erfolgen muß. Den Telefonistinnen ist eine dementsprechende Anweisung erteilt worden.

× Über den tragischen Ausgang eines Jagdunfalls erfahren wir, vorläufig aus privater Quelle, folgendes: Am Montag war der Inhaber des hiesigen, in der Börgenstraße (Steniewicza) gelegenen Waffengeschäfts, St. Czapczyk, mit seinem Gehilfen in den Schweizer Kreis zur Jagd gefahren. In der Nähe des Jagdterrains, zwischen Gr. Lubin (W. Lubien) und Hilmarsdorf (Bajaczkowo), hatten sie ihre beiden Fahrräder im Gesträuch an der Weichsel verstaut. Als die Jäger in der 6. Abendstunde an diese Stelle zurückkehrten, um ihre Räder zu holen, waren diese verschwunden. Da trafen die Jäger auf mehrere Leute, mit denen sie, der Räder wegen, die dort ins Wasser geworfen sein sollen, in Streit gerieten, der in einen Schußwechsel ausartete. Hierbei ist der 20jährige Besitzersohn Otto Bick von einer Kugel getroffen worden, daß er bald danach verstarb. Soweit bisher ermittelt, hat der Gehilfe des Herrn Cz. den verhängnisvollen Schuß abgegeben. Näheres über den traurigen Vorfall wird die amtliche Untersuchung ergeben.

× Immer wieder Dolarówka um. Schindler. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, einen Mann namens Józef Bertmanowicz aus Włockawek zu erwischen. Der Gauner beschäftigte sich damit, Obligationen der Dollar-, Bau- und Investitions-Anleihe zu vertreiben. Während der reelle Preis der Scheine 50-80 Złoty beträgt, hat Bertmanowicz für sie viermal soviel genommen. Zur Polizei gebracht, gab der Mann an, er sei Agent der Bank Kredytowa in Krakau. Da die Polizei dieser Angabe misstraut, ebenso auch an der Echtheit der verkauften Anleihenstücke, die B. in bedeutender Anzahl bei sich führte, zweifelte, wurde er bis auf weiteres in Haft gesetzt.

× Wegen Schießens mit einer Waffe auf der Straße, wodurch Passanten in Gefahr gerieten, wurde laut letztem Polizeibericht ein Mann festgenommen. Zur Meldung gelangten sechs Personen, und zwar drei Wagenlenker, die in

Bei Magen- und Darmbeschwerden, Cholezystitis, Stuhldrägheit, Aufblähung, Sodbrennen, Aufstoßen, Venominosität, Schmerz in der Stirn, Brechreiz bewirkt 1-2 Glas natürliches "Franz-Josef"-Bitterwasser gründliche Reinigung des Verdauungsweges. (8038)

der Dunkelheit ohne Licht gefahren sind, ein Radfahrer aus dem gleichen Grunde und zwei Personen die in animierter Stimmung auf der Straße Skandal machten.

× Fahrraddiebstahl. Józef Napierala aus Kl. Kunterstein (M. Kunterstein) stellte am Montag, während er eine in der Lindenstraße (Lipowa) befindliche Restauration besuchte, sein Fahrrad vor die Haustür. Als er zurückkehrte, hatte das Rad seinen Eigentümer gewechselt und war verschwunden. Der rechtmäßige Besitzer erleidet dadurch einen Schaden von 300 Złoty.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Wirtschaftsverband städt. Berufe. Donnerstag Sprechst. 5-7½ Uhr Gold. Löwe. (8965)

Thorn (Toruń).

Die erste Verhandlung des Thorner Standgerichts

findet, wie bereits berichtet, am Montag gegen die berüchtigten Fordner Banditen Piotr Klamzynski und Edmund Schülke statt. Schon lange vor Beginn der Sitzung drängte sich ein sensationslüsternes Publikum auf Korridoren und Treppen, so daß ein größeres Polizeiaufgebot für die nötige Ordnung sorgen mußte. Kurz nach 9 Uhr wurden die beiden Angeklagten von zwei Schutzleuten gefesselt in den Saal geführt. Bald darauf betrat der Gerichtshof den Verhandlungssaal. Nach Verlesung des umfangreichen Anklagematerials wurde zur Vernehmung der Angeklagten geschritten. Klamzynski bekannte sich schuldig. Er gab die Überfälle auf das Wohnhaus des Müllers Ruther und die Besetzung des Landwirts Pitulik zu. Sämtliche Überfälle führte er zusammen mit Schülke aus. Schülke bekannte sich ebenfalls schuldig und gestand die Teilnahme an allen drei Überfällen ein. Hierauf folgte die Vernehmung der Zeugen, an die sich die Aussagen der Sachverständigen schlossen. Nach Schließung der Beweisaufnahme ergriff Oberstaatsanwalt Wiśniewski das Wort zu seinem Plaidoyer und beantragte für beide Angeklagte die Todesstrafe. Nachdem dann die Verteidiger der Angeklagten zu Wort gekommen waren, zog sich der Gerichtshof zu einer längeren Beratung zurück. Kurz nach 3 Uhr erfolgte dann die Urteilsverkündung, die wir bereits in der gestrigen Nummer veröffentlichten. Die Verteidiger beantragten im Namen der Angeklagten die telegraphische Absendung eines Gnadenesches an den Staatspräsidenten. Zum Schluß der Verhandlung händigte der Vorsitzende des Standgerichts dem Staatsanwalt das Urteil aus, zwecks seiner Vollstreckung innerhalb 24 Stunden, worauf die Verurteilten in ihre Zellen zurückgebracht wurden.

In den Abendstunden traf die telegraphische Rückantwort des Staatspräsidenten ein. Die Antwort war ablehnend, so daß die Vollstreckung des Urteils innerhalb 24 Stunden erfolgen mußte. Der Staatsanwalt sah die Verurteilten von dem abschlägigen Bescheid des Staatspräsidenten in Kenntnis. Nach ihrem letzten Wunsch befragt, baten beide Verurteilten, noch einmal ihre Familienangehörigen sehen zu dürfen. Klamzynski forderte noch einige Zigaretten, Schülke ein Stück Wurst, Brötchen, Schnaps und Zigaretten.

Die Vollstreckung der Todesurteile erfolgte in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages. Nachdem die Verurteilten die letzten Stunden unter geistlichem Beistand verbracht hatten, wurde um 6 Uhr zunächst Klamzynski auf den Richtplatz geführt. Er war totenblau und näherte sich schweren Schritten dem Galgen. Das Weitere

Graudenz.

DAS MODERNE BUCH

Ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, daß ich mich auf vielseitigen Wunsch meiner Kunden entschlossen habe, mit dem heutigen Tage

eine moderne Leihbücherei

zu eröffnen. Diese Leihbücherei wird nur Neuerscheinungen der allerletzten Zeit enthalten und ständig durch Einstellung der letzten Novitäten des deutschen Büchermarktes ergänzt werden.

Sie haben also künftig die Möglichkeit, sich durch meine Leihbücherei für wenig Geld über die neueste Literatur zu informieren. Um die Kosten möglichst niedrig zu halten, habe ich ein Monats-Abonnement eingerichtet, das für 350 Złoty ein täglich einmaliges Wechseln der Bücher gestattet. Selbstverständlich kann bei diesem geringen Preis jeweils nur ein Buch entliehen werden. Für jedes weitere Buch berechne ich pro Tag 20 Groschen.

Für Bücher, die außerhalb eines Abonnements entliehen werden, sind pro Buch und Tag gleichfalls 20 Groschen zu entrichten. Die Hinterlegung einer Kautionssumme von 10 Złoty werde ich nur von Lesern verlangen, die mir nicht näher bekannt sind.

Ich bitte Sie, meinen Leihbücherei-Katalog für 20 Groschen zu verlangen, und hoffe, daß Sie von meiner neuen Einrichtung einen regen Gebrauch machen werden.

Arnold Kriedte, Grudziadz
Mickiewicza 3. Tel. 85.

Paßbilder

in 1/4, Stundelieferbar

nur bei 9176

Hans Dessonneck,

Photograph

Józ. Wybickiego 9.

Dauerwellen

ohne Elektrizität. — Gefahlos.

Mehrjährige Erfahrung.

Wasserwellen

in exakter Ausführung.

Salon A. Orlikowski,

am Fischmarkt, 10018

Justus Wallis

Schreibwarenhaus — Bürobedarf

Annoncen-Expedition

Toruń, ulica Szeroka Nr. 34.

Gegründet 1853.

Die bisher von der Herdbuchgesellschaft bewohnten

5 Büroräume zw. Ratajczyk 1, part.

passend für Arzt oder Rechtsanwalt, sind sofort

zu vermieten. Frau Gertrud Dombrowski. 10162

3000 zł zur 1. Stelle auf Stadtgrundst. gefügt. Geöff. Ang. unt. B. 262 an A. Exped. Wallis, Toruń.

10180

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

10150

10162

Lage und Aussichten der polnischen Landwirtschaft.

Der Landwirtschaftsminister spricht im Sejm-Ausschuss.

In der letzten Sitzung des Landwirtschaftsausschusses des Sejm hielt der Landwirtschaftsminister von Tanta-Polczynski eine längere Rede, in der er ein allgemeines Bild über die gegenwärtige Lage der polnischen Landwirtschaft entwickelte, und im Anschluß hieran über die Bedingungen ihrer Hebung sprach. Nachstehend bringen wir einen längeren Auszug aus dieser Rede:

"In den ersten Jahren des wiedererstandenen Staates richtete sich die Gesetzgebung ausdrücklich gegen die Landwirtschaft überhaupt. Es hat Zeiten gegeben, da in Polen ein Zolltarif bestand, der unter der Losung des Schutzes der inländischen industriellen Fabrikation dem Landwirt ein Notopfer in Höhe von einer halben Milliarde Złoty auferlegte, die er bei dem Kauf eines jeden Pfluges, eines Hufeisens oder Hufnagels zahlte. Indem auf diese Weise künstlich die Preise für industrielle Artikel gehoben wurden, wurden die landwirtschaftlichen Preise bewußt dadurch herabgesetzt, daß man Ausfuhrverbote und Ausfuhrzölle einführte. Man begünstigte sogar die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, die den Verbrauch der inländischen Produkte verdrängten. Derartige Maßnahmen kann man in einem Agrarlande nicht „Unrecht“ nennen; denn in der Politik operiert man nicht mit solchen Bezeichnungen. Wenn in einem fast ausschließlich Landwirtschaft treibenden Lande eine gegen die Landwirtschaft gerichtete Politik getrieben wurde, so beweist dies nur die vollkommene politische Passivität der Landwirtschaft. Heute hat dieser Zustand eine radikale Änderung erfahren. Die Industrie ist zu der Einsicht gekommen, daß sie ihren Wohlstand nicht auf die Benachteiligung der Landwirtschaft stützen darf.

Die gemeinsame Abhängigkeit und die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Industrie bilden hente eine der wichtigsten internationalen Lösungen."

An der Hand von Zahlen schilderte sodann der Minister die Tätigkeit der Staatsbanken auf dem Gebiet der Krediterteilung für die Landwirtschaft, wies er auf eine ganze Reihe von Steuererleichterungen hin, die in der letzten Zeit der Landwirtschaft von der Regierung gewährt worden sind, und fuhr fort:

"Das Anwachsen des kurzfristigen Kredits ist gefährlich für den Landwirt und für den Staat, der inländische langfristige Kredit aber ist infolge der Rückstände in der Ratenzahlung stillgelegt. Die Bemühungen der Regierung, einen langfristigen Kredit aus dem Auslande zu bekommen, befinden sich auf gutem Wege. Der Plan einer internationalen Hypothekenbank, der in der Konferenz der Agrarstaaten in Warschau aufgestellt wurde, wurde verwirklicht. Es ist anzunehmen, daß nach der Subskription der ersten Emmission das ausländische Aktienkapital unsere Landwirtschaft stärken wird; denn es wurde empfindlich bei allem enttäuscht, was mit der Industrie etwas zu tun hatte. In diesem Teil seiner Rede prägte der Minister folgenden Satz:

„Die Politik ist der Exponent der Wirtschaft, die Kriege aber, oder auch die Revolutionen sind Irrtümer in der Kalkulation.“

Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrisis hat sich auf den Märkten Mitteleuropas eine vollkommen neue Situation herausgebildet. Es entstand ein ganzes System von zweiseitigen Handelsabkommen, die Vorzugsblätter enthielten. Dies zwang Polen zu einer Revision der bisherigen Handelsabkommen; denn die Staaten, die bevorzugte Privilegien erlangt haben, bildeten eine große Gefahr für den polnischen Export. Um so wertvoller ist bei dieser Lage die innerhalb des Blocks der Agrarstaaten Mittel- und Osteuropas zustande gekommene Verständigung.

Die polnische Landwirtschaft kämpft mit großen Schwierigkeiten, doch ihre Lage ist durchaus nicht verzweifelt.

Die Verschuldung der polnischen Landwirtschaft beträgt zusammen etwa 3850 000 000 Złoty. Die durchschnittliche Belastung mit Krediten auf einen Hektar von benutzten Ackerflächen ohne Wälder beträgt 154 Złoty, mit Wäldern 114 Złoty. Die Belastung auf einen Hektar ist also nicht groß. Freilich sind einzelne Betriebe über das Maß belastet; doch der Durchschnitt für die gesamte Landwirtschaft ist verhältnismäßig niedrig. Wenn es sich um öffentlich rechtliche Leistungen der Landwirtschaft handelt, und besonders um die Staatssteuern, so hat die Landwirtschaft zu klagen keinen Anlaß. Die durchschnittliche Einschätzung zur Bodensteuer für einen Hektar beträgt etwa 2 Złoty. Besonders der kleinere Besitz, der sich die Depression zunutze macht und keine Einkommensteuer zahlt, zahlt ganz niedrige

direkte Steuern zugunsten des Staates. Die kommunalen Lasten können ebenfalls nicht als zu hoch angesehen werden. Die besonderen Leistungen sind tatsächlich empfindlich, jedoch nur für die Wirtschaften in den westlichen Wojewodschaften.

Der schlechte Stand der Landwirtschaft in Polen ist jetzt weder das Ergebnis der Überlastung mit Krediten, noch der übermäßigen öffentlich-rechtlichen Leistungen, sondern ist in erster Linie hervorgerufen durch

das niedrige Niveau der Preise für landwirtschaftliche Produkte.

Im Gegensatz z. B. zur deutschen Landwirtschaft, die von einer organisch-strukturellen Krise betroffen ist, empfand die polnische Landwirtschaft trotz der strukturellen, sich vor allem aus der Überwölfung des Landes ergebenen Mängel in erster Linie eine Konjunkturkrise. Eine Erhöhung der Einkünfte in der Landwirtschaft kann sogar bei der gegenwärtigen Konjunktur durch die Belebung der übermäßigen Vermittlung erfolgen, welche die den Landwirten gezahlten Preise herabsetzt und besonders empfindlich bei Fleisch- und Tierprodukten ist, sowie durch eine Verbesserung der Qualität der nach dem Auslande ausgeführten Produkte und im Zusammenhang damit durch die Erhöhung der Exportpreise. Unabhängig davon müßte man unbedingt eine größere Aufmerksamkeit der quantitativen und qualitativen Entwicklung der Gewerbeleistung, der Eier- und Milchwirtschaft zuwenden. Denn hier bestehen noch große Entwicklungsmöglichkeiten. Weiter besteht das Problem der Einschränkung der Einfuhr von einigen landwirtschaftlichen Produkten, deren Einfuhr überflüssig ist. Die Mehrzahl solcher Waren hat aus dem Grunde einer ungenügenden Zollschutz, weil wir noch im Jahre 1925 Zollherabsetzungen in den Wirtschaftsabkommen mit Ungarn und der Tschechoslowakei gewährt haben. Die Befreiung von diesen bindenden konventionellen Zöllen scheint gegenwärtig eine wirtschaftliche Notwendigkeit zu sein. Es besteht ferner die Notwendigkeit der Einschränkung der Einfuhr einiger Produkte, die, wenn auch nur zum Teil, durch inländische Produkte ersetzt werden können. In erster Linie handelt es sich hier um ausländische Textilstoffe. Diese Frage bildet gegenwärtig den Gegenstand von Erwägungen der Regierung. Die Ermäßigung der Verzinsung aus Staatsfonds ist freilich ein sehr wichtiges Problem, doch nicht entscheidend für den allgemeinen Stand der Landwirtschaft."

Sodann versuchte der Minister alles das zusammenzufassen, was bereits geleistet wurde und daß, was die polnische Landwirtschaft zu erwarten das Recht hat. Für die größte Erzeugerschaft hält der Redner den

vollkommenen Schutz der inländischen Hauptprodukte vor der Auslandskonkurrenz.

Man muß in Polen die größte Anstrengung machen, um den inneren Markt für Artikel landwirtschaftlicher Herkunft zu vertiefen. In dieser Beziehung kann eine dankbare Rolle die Industrie spielen, die zum Unglück für die polnische Landwirtschaft auf ihren zahlreichen Gebieten sich ausschließlich oder vorwiegend durch ausländische Rohstoffe entwickelt hat. So verhält es sich mit der Textil-Industrie, die kein Interesse für inländische Pflanzenfasern und für Wolle zeigt. So verhält es sich mit der Fett-Industrie, die riesige Mengen Margarine fabriziert und sich erst im letzten Jahre für heimische tierische Fette interessierte, so ist es oft in der Brau-, Fisch-, Öl-Industrie usw. Auf diesem Gebiete muß eine Riesenanstrengung des Staates und der interessierten Wirtschaftskreise eingesen, die hervorragend dazu beitragen kann, daß wir uns von den veränderlichen Konjunkturen des Auslandes unabhängig machen. Auf dem Gebiet des Kredits erwartet der Minister eine bedeutende Besserung der Lage durch die Entstehung der internationalen Hypotheken-Kreditbank. Einen Optimismus weckt auch die Gestaltung der Lage auf den internationalen Märkten für landwirtschaftliche Artikel. Die Produktion von Getreide sei im vergangenen Jahr zurückgegangen, und die Vorräte seien bedeutend gesunken. Das Anziehen der Preise für Getreide werde das wirtschaftliche Fundament zur Sicherung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe schaffen. Die Regierung werde ihrerseits die maximale Anstrengung machen, um den Verlauf der landwirtschaftlichen Krisis zu mildern.

"Trotz der sich ständig ändernden Bedingungen ist", so fuhr der Minister fort, "daß Heilmittel, an dem jede Volksgemeinschaft festhalten müßte und das untrüglich ist, immer ein und dasselbe. Es ist die angestrengte und solide Arbeit, die sparsame Wirtschaft und in Polen besonders die Organisation des Landvolks, die Besserung und Nationalisierung des Absatzes und der Umstand, daß

man keine Gelegenheit zur Vergrößerung der Einkünfte vorübergehen lassen darf.

Wenn man also eine Antwort auf die Frage geben soll, ob die polnische Landwirtschaft bis zur Zeit einer besseren Konjunktur durchhalten kann, so müssen wir uns sagen, daß man dies nicht von allen wird behaupten können. Es gibt unter den Landwirten einen gewissen Prozentsatz so hoffnungslos Verschuldeten, daß ihnen weder die Erhöhung der Preise, ja nicht einmal eine Umtschuldung helfen wird. Dies ist bisweilen tragisch, wenn es unverhofft geschieht. Oft befinden sich in dieser Lage

gerade die besten Landwirten,

die über das Maß hinaus investiert bzw. sich verrechnet hatten. Aber es gibt auch andere, die ihren Ruin weniger ideellen Beweggründen verdanken und nicht allein materiell, sondern auch moralisch zusammenbrechen, wodurch der Landwirtschaft als Ganzes durch Untergrabung ihrer Firma, ihrer wirtschaftlichen Wiederherstellung großer Schaden zugefügt wird. Das sind diejenigen, die keine Verpflichtung nachkommen und — was am schlimmsten ist — die in ihren Ruin noch andere mit hineinziehen. Die übrigen, die sind 90 Prozent, können und werden durchhalten, jedoch unter harten Bedingungen. Zur Sparsamkeit aufzurufen hat man heute keine Ursache mehr. Beruht doch die Sparsamkeit nicht allein darauf, daß man auf überflüssige Ausgaben verzichtet, sondern daß man jede Investition bis auf den Großen kalkuliert. Dazu ist Intelligenz und eine höhere Ausbildung nötig als die, die bis vor kurzem noch genügt hatte, und deren Mangel u. a. den Zusammenbruch so vieler Betriebe beschleunigt hat."

Den Schluß seiner Rede widmete der Minister der Ausbildung der landwirtschaftlichen Intelligenz, wobei er das bisherige System des landwirtschaftlichen Berufsschulwesens einer herben Kritik unterzog.

Kleine Rundschau.

Blutige Kämpfe zwischen Verbrechern und Gendarmerie auf Korsika.

Paris, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es am Montag auf Korsika in der Nähe von Ajaccio zwischen der Gendarmerie und einer Bande der berüchtigten korsischen Verbrecher. Die Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß sich der Bandenführer Caviglioli in der Nähe von Vico aufhielt und schickte deshalb einen Leutnant und 5 Mann nach dort, um die Banditen zu überraschen. Caviglioli hatte vor wenigen Wochen die Gäste mehrerer Hotels ausgeplündert und eins seiner Opfer tödlich verletzt. Die Polizeipatrouille befand sich kurz vor Bologna, als plötzlich von beiden Seiten der Landstraße ein wahres Trommelfeuер einschlug. Zwei Beamte wurden auf der Stelle getötet und der Leutnant und ein dritter Beamter schwer verletzt. Die beiden anderen Beamten feuerten auf die Banditen, wobei Caviglioli tödlich getroffen wurde. Die übrigen Mitglieder der Bande ergreiften die Flucht als sie sahen, daß ihr Führer getötet worden war.

Mißglückter Raubüberfall auf einen U-Bahnhof.

Am Montag früh kurz nach vier Uhr wurde von noch unbekannten Tätern auf dem U-Bahnhof Belle-Alliance-Straße in Berlin ein schwerer Raubüberfall verübt, bei dem die Täter jedoch keine Beute machten, sondern unverrichteter Dinge wieder flüchten mußten.

Auf dem U-Bahnhof befand sich der Wächter Willy Wanke, der Nachtdienst hatte, im Schalterhäuschen, in dem die Stationskasse aufbewahrt wird. Auf dem Bahnhof und an den Gleisen waren Arbeiter damit beschäftigt, die Lampen zu putzen. Vor den Wächter trat plötzlich ein Mann, der als Maske einen schwülen Lappen vor das Gesicht gebunden hatte und eine Pistole in der Hand hielt. Der Mann rief: "Gib die Kasse heraus — dann tue ich dir auch nichts!" Wanke ließ sich nicht einschüchtern, ergriff einen Müllsack und wollte ihn dem Räuber über den Kopf stülpen. Das glückte ihm zwar nicht, doch der Staub und Unrat aus dem Eimer flog dem Verbrecher ins Gesicht und blendete ihn. Diese Pause benützend, nahm der Wächter das Telefon auf, um Hilfe herbeizurufen. Jetzt fiel der Räuber wieder über ihn her, und es kam zu einem verzweifelten Ringkampf. Auf die Hilferufe Wankes wurden die Streckenarbeiter aufmerksam und eilten dem Überfallen zu Hilfe. Darauf ergriff der Räuber die Flucht und entkam mit seinen Komplizen, die an der Treppe zur U-Bahn auf ihn gewartet hatten. Das Überfallkommando fand von den Tätern keine Spur mehr.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Milena-Zentrifugen

Allerbilligste Preise. 10077
Bequemste Zahlungsbedingungen

Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie vor Kauf einer Zentrifuge unser Angebot einfordern. Sie kaufen bei uns bedeutend billiger, wovon Sie sich durch eine Anfrage leicht überzeugen können.

Gebrüder Ramme, Bydgoszcz
ul. Sw. Trójcy 14b Telefon 79.

Nachtigal-Kaffee

Nachtigal-Kaffee seit 1897 immer gut!

Ich bin das Wahrzeichen für den Begriff GUT

Nachtigal-Kaffee seit 1897 immer gut!

W. Kraffke, Kolonialwaren, Chelmno, Marsz. Focha 39.

empfiehlt

täglich werden viele tausend Pfunde Nachtigal-Kaffee geröstet, verpackt, verkauft, gebunkert

Birtschaftliche Rundschau.

Ausschauungen des Pfundes.

Die Abwärtsbewegung des Pfundes, die seit Mitte der vorigen Woche eingesezt hat, drückt weiter auf die Stimmung der Börsen. Die weiteren Goldverluste der Bank von England verursachen neue Besorgnisse. In London spricht man von weiteren Zwangsmassnahmen auf dem Devisenmarkt. Das Pfund sinkt zwischen weiter.

Im Vergleich zum gestrigen Pfundkurs ist es dem Dollar gegenüber von 3,74% auf 3,89, dem französischen Franken gegenüber von 96,27% auf 94, dem Gulden gegenüber von 9,21% auf 9,25 und dem Schweizer Franken gegenüber von 19,31% auf 19 zurückgegangen. Der Reichsmark gegenüber war der Pfundkurs von 15,81% auf 15,75 abgeschrägt. Im wesentlichen lässt sich feststellen, dass der Markt auf einen weiteren Kursrückgang gesetzt ist. Dies zeigt sich auch darin, dass das Disagio des Ternindollars jetzt völlig verschwunden ist. Als ein anderer Faktor, der sich im Augenblick auch gegen das Pfund Sterling richtet, ist das gestiegerte Vertrauen zum Dollar, das jetzt offenbar zu einer gewissen Reaktion gegenüber den Bewegungen geführt hat, die sich im vorherigen Monat im Zusammenhang mit der Flucht aus dem Dollar gezeigt haben. Jedenfalls scheint es nicht ausgeschlossen zu sein, dass ein Teil der französischen Beiträge, die vorübergehend nach London zurückgestoßen waren, jetzt wieder nach New York wandert.

Die ganze Kursentwicklung zeigt deutlich genug, wie wenig man im Augenblick von den Aussichten für eine schnelle Stabilisierung des Pfund Sterling sprechen kann; wie wenig ja die Voraussetzungen hierfür geschaffen sind. Auch wäre es zu früh, schon von einer offiziellen Politik zu sprechen, die auf eine Stabilisierung gerichtet ist.

An den internationalen Devisenmärkten steht heute der weitere Rückgang des englischen Pfundes im Mittelpunkt des Interesses. In Amsterdam sind die Blankoverläufe von Pfunden nur unbedeutend, man ist in Finanzkreisen der Ansicht, dass große englische Aufträge nach dem Ausland vergeben werden, was mit der zu erwartenden Bollerhöhung im Zusammenhang stehen dürfte. Hierbei bemühen sich die Engländer, den Gegenwert gleich in fremden Valuten anzuschaffen. In Amsterdam ging das Pfund auf 9,20 zurück, in Zürich auf 19, in Paris auf 94,85, während der französische Franken sich in London zeitweise bis auf 93% befestigte. Der Dollar war auf gehalten, die Reichsmark lag gegen das Pfund auf 15,88 an, in Amsterdam stieß sie sich auf 59,70, in Zürich etwas schwächer auf 120,90. Die Norddeutschen liegen eher weiter schwächer, auch Madrid tendiert etwas leichter.

Fahpreiserstattung für Besucher der Leipziger Frühjahrsmesse 1932. Einkäufer, die zu der am 6. März beginnenden Leipziger Frühjahrsmesse 1932 fahren, erhalten, wenn sie sich bei den Geschäftsstellen des Leipziger Messeamts, bei seinen ehrenamtlichen Vertretungen oder bei einem durch Plakataushang gekennzeichneten Reisebüro anmelden, neben den Ausweisplaketten, mit denen mannsfache Vereinigungen verbunden sind, ein Durchfahrtsticket, in welches die Aussteller den Gesamtbetrag der aufzugebenden Bestellungen eintragen. Gegen Vorzeigung dieses Gutscheinheftes werden den Einkäufern bei der Kasse des Leipziger Messeamts die Fahrtkosten für die Reise nach Leipzig und zurück (Eisenbahn 2. Klasse, Schiff 1. Klasse) bis zu 1 Prozent des Wertes der auf der Leipziger Messe erzielten Aufträge in bar vergütet. Das Leipziger Messeamt in Leipzig oder dessen ehrenamtliche Vertretungen erzielen Interessenten jede gewünschte Auskunft.

Notierungen. Berlin, 3. November. Notierungen der Berliner Kommission für 50 kg. in Km. (Fracht und Verpackung gehen auf Kosten des Abnehmers): Butter I. Gattung 114, II. 104, III. 90. Die Preise gingen um 9 Punkte zurück.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Politi“ für den 4. November auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinsatz der Bank Polski beträgt 7%, der Lombardzins 8%.

Der Zloty am 3. November. Danzig: Ueberweisung 57,31 bis 57,43, bar 57,34–57,46. Berlin: Ueberweisung, grobe Scheine 47,15–47,55, Zürich: Ueberweisung 57,50, Wien: Ueberweisung 79,50, Prag: Ueberweisung 377,50, London: Ueberweisung 33,50, New York: Ueberweisung —.

Weltweiter Börse vom 3. November. Umsätze, Verkauf – Kauf. Belgien 124,28, 124,59 – 123,97, Belgrad – Budapest – Bulgarie –, Danzig 174,50, 174,93 – 174,07, Helsingfors – Spanien –, Holland 359,40, 360,30 – 358,50, Konstantinopel – Japan –, Kopenhagen – London –, 32,78 – 32,62, New York 8,923, 8,943 – 8,903, Oslo –, Paris 35,03, 35,12 – 34,94, Prag 26,40, 26,46 – 26,34, Riga –, Stockholm –, Schweiz 174,05, 174,48 – 173,62, Tallinn –, Wien – Italien –, London: Umsätze 33,05–32,70.

Berlin, 3. November. Amtliche Devisenkurse. New York 4,20–4,22, London 15,58–15,62, Holland 170,08–170,42, Norwegen 89,41–89,59, Schweden 92,06–92,84, Belgien 58,64–58,76, Paris 16,57–16,61, Schweiz 82,02–82,18, Prag 12,47–12,49, Wien 58,94–59,06, Danzig 82,42–82,58.

Österr. Börse vom 3. November. (Amtlich.) Warschau 57,30, Paris 20,16%, London 19,0, New York 5,1325, Belgien 71,40, Italien 26,20, Spanien 45,30, Amsterdam 206,40, Berlin 120,90, Wien –, Stockholm 112,50, Oslo 108,50, Kopenhagen 108,50, Sofia 3,72, Prag 15,18, Budapest 90,02%, Belgrad 9,05, Athen 6,40, Konstantinopel 42,42, Bulgarie 3,06, Helsingfors 10,20, Buenos Aires 1,20, Japan 2,48%.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 3l., do. u. Scheine 8,84 3l., 1 Pfnd. Sterling 32,79 3l., 100 Schweizer Franken 173,37 3l., 100 franz. Franken 34,89 3l., 100 deutsche Mark 208,95 3l., 100 Danziger Gulden 173,82 3l., tschech. Krone 26,24 3l., österr. Schilling — 3l.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 3. November. Fest veränderte Werte: Notierungen in Prozent: 5 prozent. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 40,50 G. 4 prozent. Konvertierungsanleihe der Pos. Landshaft (100 Zloty) 28,50+. Notierungen je Stück: 5 prozent. Roggen-Bör. der Posener Landshaft (1 D.-Zentner) 13,90+. Tendenz unverändert.

Produktionsmarkt.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörsen Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 26. Oktober bis 1. November 1931 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	24,75	24,125	25,75	24,625
Krakau	24,70	24,625	27,70	24,41
Boleslawiec	23,04	22,53	23,75	22,65
Lemberg	23,17	24,21	28,37	22,34
Lublin	22,00	22,75	—	24,00
Auslandsmärkte:				
Berlin	46,47	40,65	36,04	30,03
Hamburg	25,05	—	18,74	18,57
Paris	—	—	—	—
Prag	38,80	38,67	34,19	31,15
Brüssel	38,80	39,86	34,58	30,36
Danzig	—	—	—	—
Wien	36,12%	38,65	47,81	33,75
Liverpool	21,10	—	—	23,60
London	—	—	—	—
New York	—	—	—	—
Chicago	19,58	17,80	19,58	15,75
Buenos Aires	27,74	—	—	26,65

Warschau, 3. November. Getreide, Mehl und Futtermittel. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörsen für 100 kg. Parität. Waggon Warschau: Roggen 24,25–24,75, Weizen 25,50–26, Sammelweizen 24,50 bis 25, Einheitshafer 26 bis 27, Sammelsafer 24–25, Grüngurke 23,50–24, Bräunerste 26–27, Vittoriazent rein 160–190. Weizklee ohne Flachsseite 97 Prozent rein 250 bis 275, Luruz-Weizmehl 43–52, Weizmehl 40–48, Roggenmehl 39–40, grobe Weizklee 15,50–16, mittlere 15–15,50, Roggenmehl 15,50–16, Leinzenken 26–27, Rapskuchen 18–19, Speisefkartoffeln 5–6. Die Umsätze blieben klein, die Grundstimmung war fest.

Auslandskapital für polnische Kühlstationen.

Dr. Cr. In der letzten Zeit geben die Bestrebungen der maßgebenden Regierungsinstanzen als auch anderer interessanter Kreise dahin, ausländische Kapitalien zur Erhaltung und zum Ausbau der Kühlstationen in Polen heranzuziehen. So sehr man sich ursprünglich, insbesondere in landwirtschaftlichen Kreisen, gegen eine Überfremdung der Kühlstationen einstellte, so sehr mehr sich gegenwärtig die Stimmen, die in erster Linie für den Ausbau eines leistungsfähigen Kühlstationennetzes eintraten, die Frage nach der Herkunft der hierfür benötigten Kapitalien dagegen bagatellisierten. Es wird darauf hingewiesen, dass Polen angesichts seiner schlechten finanziellen Lage und seiner inneren Finanz- und Kreditkrise kaum imstande sein werde, aus eigener finanzieller Kraft das Werk des Ausbaus eines für die polnischen wirtschaftlichen Verhältnissezureichenden Netzes von Kühlstationen in naher Zukunft einem erfolgreichen Ende entgegenzuführen. Diejenigen Kreise, die insbesondere eine Verpflichtung der Stadt Gdingen zur Kühlstation an das Ausland befürworten, gehen von dem Gesichtspunkt aus, dass hierdurch eine wesentliche finanzielle Entlastung für die Bank Polen eintreten würde, die ja auf Grund der ihr vom Staate erteilten Vollmacht als Eigentümerin der Kühlstation fungiert, und alljährlich infolge der relativ geringen Ausnutzung der Kühlstationen weSENTLICHE RÜCKSTÄTTE leisten müs.

Die bisher ungenügende Ausnutzung der staatlichen Kühlstation in Gdingen wird auf den Mangelszustand der Kühlstationen in der vorliegenden Zeit zurückzuführen, in den Transportmitteln (Güterwagen, Schiffe usw.) und im Lande selbst zurückzuführen. Leicht verderbliche Güter können nur dann längere Transporte vertragen, ohne an Qualität zu verlieren, wenn die Beförderung von Kühlstationen ohne vorübergehende Einwirkung von warmeren Temperaturen erfolgt. Was nicht letzten Endes die Kühlstation in Gdingen, wenn die Zufuhren aus den entfernten östlichen Gebieten bereits unterwegs in der Eisenbahn verlaufen? Daher setzt sich mit Recht die Meinung durch, dass die Anlage in Gdingen, die nebenbei bemerkt zu den größten in Europa gehört, ohne ein entsprechendes, weit verzweigtes, gleichmäßig verteiles Netz in dem übrigen Polen sich nie wird rentieren können.

Zur baldigen Heranziehung von Auslandskapitalien zum Ausbau eines Netzes von Kühlstationen wird die Regierung auch dadurch gedrängt, dass jeder weitere Aufschub mit großen finanziellen und ökonomischen Nachteilen für das Land verbunden ist. Seit dem Verlust der russischen und der deutschen Märkte in Polen auf die Ausfuhr seiner überflüssigen Agrar- und Viehprodukte in weit entlegene Gebiete angewiesen. Abgesehen von den hierdurch bedingten höheren Transportkosten leidet der Export darunter, dass mangels genügender Kühlstationen die Waren leicht an Qualität verlieren, und daher der Konkurrenz anderer Exportländer weniger gewachsen sind. Die Minderung der Wettbewerbsfähigkeit findet letzten Endes ihren Ausdruck in dem Abstinken der Preise für Waren polnischer Provenienz und der Beeinträchtigung des Rufes der polnischen Güter auf den internationalen Märkten. Ebenso nachteilig wirkt sich die Unzulänglichkeit des Kühlstationennetzes im Binnenverkehr aus. Während in Ländern mit einem gut ausgebauten Kühlstationennetz die Waren in Zeiten überstarken Angebots vom Markt ferngehalten werden können, um in Zeiten besserer Konjunktur auf den Markt geworfen zu werden, ist die polnische Landwirtschaft gezwungen, in einer bestimmten Frist abzusehen, um der Gefahr der Minderung der Qualität zu entgehen. Während also in anderen Staaten ein gut ausgebautes Netz von Kühlstationen zum Preisregulator werden kann, geht Polen dieses Vorteile verlustig.

Die Lagerung in Kühlstationen ist schließlich noch mit einem anderen Vorteil verknüpft. Die in der Kühlstation aufbewahrten Güter können als Unterlage für Kredite an den Eigentümer verwandt werden.

Der Gedanke, das Kühlhausnetz in Polen auszubauen, ist in wissenschaftlichen und technischen Kreisen lebendig und wird von

diesen populär gemacht. Man bedient sich vor allem der Entwicklung als Beispiel, die sich in Belgien und Frankreich durch den Ausbau der Kühlstationen erzielen lässt. Die Polnisch-Französische Exportgesellschaft, deren Zweck es ist, die Anbindung regelmäßiger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Polen und Frankreich zu fördern, ist durch das Studium dieser Verhältnisse zur besonders effizienten Vorkämpferin der Errichtung eines planvollen Netzes von Kühlstationen in Polen geworden.

Die Polnische Regierung stellt sich zu diesem Gedanken durchaus positiv ein. Beim Ministerium für Industrie und Handel wurde ein sog. „Kühlstationenkomitee“ („Komitet Chłodniczy“) ins Leben gerufen, das sich zunächst der Aufgabe widmet, den gegenwärtigen Stand der Kühlstationen in Polen zu studieren. Die von dem Komitee eingesetzte Enquête-Kommission stellt hierüber folgendes fest: Am 1. 2. 1931 verfügte Polen über 312 Kühlstationen mit einer Gesamtkapazität von 1000000000 Liter. Die Kühlstationen verteilten sich wie folgt auf die verschiedenen Branchen:

Zahl d. Kühlstationen	Kalorien
110	6 386 380
66	1 125 150
41	7 457 720
31	7 155 120
26	658 620
31	670 320
2	220 000
3	57 500
2	1 140 000
Zusammen	24 870 880

Die Enquête-Kommission stellte fest, dass die Kühlstationen geographisch sehr ungleichmäßig verteilt sind. Die Anlagen konzentrieren sich in den westlichen Provinzen (Polen und Pommern), im Krakauer Gebiet und in Warschau. In den östlichen Gebietsteilen ist ihre Anzahl sehr gering. Die Gebiete Nowogródzkie, Podlaskie und Wolynske weisen überhaupt keine Kühlstationen auf. Alles voran steht an Bedeutung die Kühlstation in Gdingen. Sie verfügt über 11 Mill. Kubikmeter Kapazität und ist imstande, 700 Waggons Güter auf einmal aufzunehmen. Damit gehört sie zu den größten Anlagen dieser Art in Europa.

Über die Ausdehnungsfähigkeit oder vielmehr Notwendigkeit des Ausbaus des Kühlstationennetzes scheint in Polen Einigkeit zu herrschen. Ob aber der gegenwärtige Zeitpunkt angesichts der allgemeinen Finanz- und Kreditkrise die Verwirklichung dieser Pläne gestattet, darf bezweifelt werden.

o. Die russische Budereroute. Den neuesten von der russischen Budereroute gesammelten Angaben zu folge beläuft sich die diesjährige Budererübenanbaufäche auf 1 280 000 Hektar. Der Budererübenstand war Ende des vorigen Monats nicht günstig. Eine am 20. September durchgeföhrte Untersuchung ergab ein durchschnittliches Rübengewicht von 166 gr gegenüber 206,4 gr in derselben Zeit des Vorjahres und einen Budererübenanteil des Rübens von 14,4 Prozent gegenüber 15,1 Prozent im Vorjahr. Man rechnet deshalb mit einer geringeren Budererübenproduktion je Hektar um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Schätzungen für die russische Budereroute zur Kampagne 1931/32 laufen auf 1 998 000 Tonnen im Rohzuckerherab, also 700 000 Tonnen weniger als erwartet. Trotz dieser ungünstigen Ernteaussichten wird aber das sowjetische Budererübenimport nicht unterbrochen. Erst in diesen Tagen haben die Sowjetzüge 7000 Tonnen Zucker nach Indien geschickt, ferner größere Mengen nach den baltischen Ländern.

Räuber: vollfleischige, ausgemästet, von höchstem Schlachtwert. 80–90, Mastkühe 66–78, gut genährte 46–50, mäßig genährte 30–40. Räber: vollfleischige, ausgemästete 80–90, Mastfären 66–76, gut genährte 46–48, mäßig genährte 38–44.